

VOLKSWOCHT

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort: Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Hirschstraße 4/5, durch die Abteilungen der „Volkswocht“, Neue Graupenstraße 5 und Friedrichsstraße 105, Matthiassstraße 100, sowie durch alle Ausdrucker zu beziehen. Bezugspreis im Voraus zu entrichten: wöchentlich 0,42 Rmt. + 3 Pf. Trägergeld, monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägergeld, 2,10 Rmt. Daraus die Post einchl. Zustellungsgebühren 2,16 Rmt.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenanzeigen, Vereins-, Verkleinerungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hirschstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der Reichstag gegen die Mordpolitik der Nazis

Sozialdemokratischer Antrag auf Bekämpfung der Mordhege angenommen — Abrechnung mit den Mordbanditen der Nazi-Partei

Am Reichstag folgte gestern auf die Erledigung des Genfer Abkommens die Beratung des nachträglich auf die Tagesordnung gesetzten Antrages Dr. Breitscheid (Soj.):

Der Reichstag spricht seinen Abstoß gegen die politische Mordhege aus, die immer wieder zu politischen Mordtaten führt. Die Reichsregierung wird ersucht, im Einvernehmen mit den Regierungen der Länder unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Möglichkeit bietet, die Aufforderung zum politischen Mord wirksamer zu bekämpfen und schärfere Bestimmungen über den Handel mit Waffen und mit Munition trifft.

Verbunden mit der Beratung ist der kommunistische Antrag zur Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes.

Abg. Sellmann (Soj.):

In keinem Lande der Welt sind politische Mordtaten so häufig wie in Deutschland. Das ist eine Schmach für die deutsche Kultur. (Erregte Zurufe bei den Komm.) Wir haben alle Opfer, wir verurteilen alle Täter, gleich welcher Partei sie angehören. In den letzten Tagen haben die politischen Mordtaten einen Höhepunkt erreicht. In Hamburg wurde ein sozialdemokratischer Polizeibeamter im Dienst von Nationalsozialisten niedergeschlagen. In Hamburg wurde ein sozialdemokratischer Abgeordneter von Nationalsozialisten ermordet. (Erregte Zurufe bei den Komm.) Diese Mordtaten sind durch die Kommunisten herbeigeführt. Ihre Herkommenfälle werden auf die deutsche Arbeiter, die erwarten, daß die Front gegen die politischen Mordtaten gerichtet wird, einen schlechten Eindruck machen. (Zuruf.) Das alles hat mit Politik nichts zu tun. Das ist die Bestialität von Verbrechern oder Bestialität. (Zuruf bei den Soj.) — Dauernde Unterbrechungen durch die Kommunisten, die immer wieder „Blutbande“, „Koste, Sepering, Gabel“ um rufen. Diese Unterbrechungen und Unterbrechungen legen sich während der ganzen Rede fast hinter die Rede (Soj.). Das Wort des Herrn Reichstagsabgeordneten Dr. (Heierfeld) Dr. Gohels bringt den Bericht über den Mord an einen sozialdemokratischen Arbeiter unter der Ueberchrift „Eine Eisenbahn-Tat“. Dieser Bericht, die Verantwortung der Nationalsozialisten gegen, wird durch eine parteiamtliche Erklärung des Ganzen durch die NSDAP widerlegt. Diese erklärt, daß die Täter Mitglieder der Partei sind und erst nach dem Mord ausgetrieben wurden. Dasselbe erklärt spricht von einer Tat, die den Charakter der Verbrechens zu. Die Widersprüche der Serlogenheit der Nationalsozialisten.

Tatsache ist, daß durch die Hamburger Mordtaten für jedermann sichtbar die blutige Mordpolitik der internationalen Faschismus enthüllt worden ist.

Bestialität bei den Soj.) Diese Mordtaten sind nicht der Entsprungen. Die wirklich mitleidenden Schichten in Deutschland halten eine bewundernswürdige Disziplin, die (zu den Komm.) ihren Führern ein Vorbild sein könnte. Schuldig sind alle, die diese Mordtaten nur mit Gewalt, nur durch den Bürgerkrieg zu bekämpfen suchen. Schuldig sind alle, die den politischen Gegner bewilligen und ehrslos Menschen beschimpfen. Schuldig sind alle, die die Freiheit der Demokratie durch ihre Intrigue und durch ihre Intrigue (Loben der Komm.) Schuldig sind alle, die Terror als politisches Kampfmittel organisieren. Kein Terror und keine Morddrohung wird aus Sozialdemokraten hindern, frei anderer Ueberzeugung zu leben und Politik nur nach unserer Ansicht zu betreiben. Wir verabschauen den Terror. Wir haben vor den Terroristen keine Angst. (Zuruf.) Mord werden Banditen und Terroristen aus dem politischen Leben entfernen müssen. Wir sind bekannt, daß an den demagogischen Mordtaten ein leibhaftiger Schwamm mit Schwämmen nach Deutschland wird. (Hört, hört!) Auch in Mitteldeutschland ist es durch den Mord mit Kollateralmorden. (Hört, hört!) Die Mordtaten sind ihre Bestialität und ihre Energie verdrängt. Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpferbundes lehnen wir ab. In einer so kritischen Situation ist die Aufhebung von Verbots gegen kommunistische Organisationen nicht zu verantworten. Wir wollen keine Gegenüberstellung ab irato, sondern gewissenhafte demokratische Prüfung. Dem politischen Mordern und Mordtaten müssen wir das Handwerk gelegt werden. Der Mord zeigt, daß er die Freiheit jeder politischen Ueberzeugung gegen den Terror zu schützen entschlossen ist. (Händeklatschen bei den Soj.)

Abg. Schagen (Komm.) behauptet, daß die Mordmissetaten sozialdemokratischen Polizeipräsidenten gefordert und befohlen werden. Die Arbeiter werden sich nicht mehr niederlassen lassen, sie werden antworten. Die erhoffenen Kommunisten sind die schärfste Unfluth gegen die Regierung. (Zuruf.) Der Minister Dr. Wirth, dessen Kampf gegen den Faschismus legalisierter Arbeitermord ist (Händeklatschen der Arbeiter, Ordnungsruf.) und brutale Klassenherrschaft (Einmütigkeit.) wird gegen des Rufes „Mordregierung“ zur Verantwortung gezogen. Dem Justizminister Dr. Wirth legt Schagen folgende Rede zu lesen, die auf dem Grund

„seiner bürgerlichen Untutur“ erwachsen seien. In ebensolcher Art beschimpft er die Sozialdemokraten. Als der Redner schließlich den Hamburger Polizeipräsidenten Schönfelder, sowie Grötschel und Sepering als „Tuningsmeister des schändlichen Bluthandwerks“ bezeichnet, entzieht Vizepräsident Esler dem Redner das Wort. Dieser spricht auf Zuruf seiner Fraktion weiter, trotz mehrfacher Aufforderungen des Präsidenten, abzutreten. — Vizepräsident Esler verläßt schließlich seinen Platz, womit die Sitzung unterbrochen ist. — Bohagen redet weiter, am Schluß singen die Kommunisten die Internationale und rufen dreimal „Rotfront“ mit entsprechenden Handbewegungen. — Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird Bohagen auf dreißig Tage von der laufenden Sitzung ausgeschlossen. (Frustrale Rufe und Lärm der Komm.) Allen weiteren Störungen von Ihrer Seite (zu den Komm.) werde ich mit allen gesetzlich-mäßigen Mitteln entgegenzutreten.

Abg. Henues (Chrij.) erinnert daran, daß im vorigen Jahr 300 Menschen in Deutschland durch Mordtaten ihr Leben verloren haben. — **Abg. Gohels (Komm.):** Nach dem Rathenau-

Die Mordpolitik der Nationalsozialisten

Die Täter verhaftet — Hamburger Regierung verbietet die Mordpresse und die Versammlungen der Mordbanditen — Hitler solidarisiert sich mit den Mördern — Hitler für den Mord verantwortlich

Die drei Mordtäter von Hamburg sind verhaftet. Es sind der 22 Jahre alte frühere Polizeibeamte Janßen, der 26 Jahre alte Handlungsgehilfe Bammel und der aus München gebürtige Hans Hoedinger. Ihre Bluttat bildet den Höhepunkt der zahlreichen blutigen Zusammenstöße, die sich in den letzten Tagen und Wochen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ereignet haben. Die Angreifer dabei waren bald die Nationalsozialisten, bald die Kommunisten. Der organisierte kleine Bürgerkrieg, den beide Parteien miteinander führen, hat geradezu mazedonische Zustände hervorgerufen.

Die Organisation des mörderischen Bandenüberfalls auf das kommunistische Bürgerlichkeitsmitglied entspricht ebenso den Gebräuchen der mazedonischen Terroristen wie das brutale und unmenschliche Hineinrennen der Täter in einen stark besetzten Auto. Dem Mord folgt nach mazedonischer Brauch die Plutende auf dem Fuße — in Altona wurden am Sonntag zwei Nationalsozialisten von Kommunisten angepöbeln.

Die intellektuelle Verantwortung für den Bandenmord trägt die Nationalsozialistische Partei. Ihre Hamburger Gauleitung macht den Versuch, sich herauszulösen. Sie veröffentlichte eine Erklärung, in der sie selbst zugibt, daß die Täter Nationalsozialisten waren, und in der sie weiterhin die Tat selbst verurteilt. Diese verlogene Erklärung nach der Tat wird niemand beeindrucken. Sie ist der Gestalt vor der Wehr der Empörung entsprungen, die sich über die nationalsozialistische Bluttat erhoben hat. An der Spitze der Gauleitung der Nationalsozialistischen Partei in Hamburg steht jener laubere Kaufmann, dem erst unlängst öffentlich schwere Verleumdungen vorgeworfen worden ist. Das sind nicht die Leute, denen man Glauben schenken kann, daß sie mit dem Mordgefindel nichts zu tun hätten!

Die Verantwortung fällt auf jene nationalsozialistischen Schreiber, die ihren Anhänger geradezu die Pistole in die Hand drücken. Ziel zu lange ist das Treiben der Hitler, Gohels und Kohfert geduldet worden, die in jedem zweiten Satz ihre politischen Gegner mit dem Tode bedrohen. Die Folgen dieser verbrecherischen Agitation treten nun ein.

Der Hamburger Senat hat sich entschlossen, dem kleinen Bürgerkrieg ein Ende zu machen. Er hat mit Hilfe des Artikels 48 sowohl die nationalsozialistische wie die kommunistische Presse in Hamburg verboten und jede Versammlungstätigkeit der Nationalsozialisten wie der Kommunisten unterlegt. Es wird darüber hinaus nötig sein, daß im ganzen Reich Verleumdungen gestraft werden, damit der erste zum Mord anreizende Artikel der Nationalsozialisten ein Ende gemacht wird.

Während die Hamburger Parteileitung der Nationalsozialisten die Mordtat an dem Kommunisten Henning als „unmöglich, feige und vernunftwidrig“ bezeichnet, hat sich Hitler für noch der Tat auf den Mördern durch eine für die Öffentlichkeit bestimmte Erklärung solidarisiert.

In dieser Erklärung bedauert er zwar im ersten Satz die Tat, sucht sie aber in einem nachfolgenden Satz durch den Hinweis verständlich zu machen, daß er „in den Tätern nur die unglücklichen Opfer einer seit Monaten ungeheuer heftigen blutigen Mord- und Mordhege der Kommunisten“ sehe. So sehr er auch die Tat verurteilt, so groß sei sein Mitleid mit den verurteilten unglücklichen Parteimitgliedern, die sich durch ihr Handeln selbst aus der Bewegung ausgeschlossen hätten. Trotzdem wäge er, Herrn Janßen, das menschliche Mitleid, den Mördern Nachsicht zu lassen. „Ich habe daher“ — so schließt die Erklärung — „Nachsicht Dr. Gohels, in München, beantragt, die Verhaftung der drei Täter zu übernehmen und werde die Kosten hierfür selbst übernehmen.“

Mord rief Dr. Wirth „Der Feind steht rechts“. Das Republikvergehen wurde erlassen. Durch die Art seiner Anwendung wurde die Bahn frei gemacht für die Mordbanden Hitlers. — **Abg. Gohels (Landvolk):** Die bestehenden Gesetze genügen, wenn sie rücksichtslos gegen jeden Zuwiderhandelnden angewendet werden.

Der sozialdemokratische Antrag wird angenommen, der kommunistische abgelehnt.

Gegen 19 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag.

Hermann Müllers Befinden äußerst ernst

In dem Befinden Hermann Müllers ist am Montag gegen 18 Uhr eine bedenkliche Verschlechterung eingetreten. Eine schwere Störung des Blutkreislaufes führte eine Krise herbei, die während der ganzen Nacht andauerte und auch zur Zeit noch anhält. Vor allem zeigt das Herz eine außerordentliche Schwäche. Die Ärzte haben die Hoffnung, daß sich der Patient zehren können, noch nicht zeitlos aufgegeben. Immerhin ist der Zustand des Kranken zurzeit außerordentlich ernst. Es dürfte sich aller Wahrscheinlichkeit schon im Laufe des heutigen Tages zeigen, ob er die Krise übersteht oder nicht.

Snowden operiert

London, 17. März. (Eig. Funkenbericht.) Der englische Schatzkanzler Philip Snowden wurde am Montag an der Blase operiert. Er hat den Eingriff gut überstanden. Die Ärzte hoffen, daß er bereits Anfang April wieder fertigestellt ist.

Der „Vorwärts“ erinnert demgegenüber an das Schuldkonto Hitlers. Er schreibt u. a.:

„Es ist weder Rotmehr auf der Seite der Kommunisten, noch auf der Seite der Nationalsozialisten wenn die Revolver tragen — es ist gegenseitige gewollte Provokation. Auf beiden Seiten herrscht der Wille zum bewapneten Angriff, auf beiden Seiten strebt man nach der physischen Vernichtung des politischen Gegners. Auf jeder Seite ruft man zur „Verteidigung“, um die Kampfinstinkte zu wecken. Keine von beiden Seiten hat das Recht, mangelnden Schutz durch staatliche Organe vorzuschützen — denn beide Seiten wollen das Recht brechen!“

Am wenigsten kommt dies Recht dem Rechtsdrehen Hitler zu. Er trägt Blutschuld. Auf ihn fällt mit vollem Gewicht die intellektuelle Schuld an den Mordtaten seiner Parteiführer. Er war es, der im Jahre 1922 einen unerhört blutigen Überfall auf die Münchener Arbeiterschaft durchführte. Er wollte die friedliche Mitarbeiter der Münchener Arbeiterschaft blutig unterdrücken. Er wollte mit Wajshingungemeinen und Geshühen in die friedlich Demonstrierenden schießen.

Aus den Kreisen seiner Bewegung kamen jene Versuche, die die vielfachen blutigen Gememorde begangen haben. In ihm gehörte der Mörder des Sozialisten Gohels, zu ihm flüchteten die Arbeiter der Hamburger Arbeiterschaft, die in der Nacht des Mordes in die Kaserne zu entkommen.

Er trägt die Schuld an den Mordtaten des Hitlerputsches in München, an den Granellaten, die seine Banditen in diesen wenigen Stunden verbrochen haben. Eine erbärmliche Justizkommission hat ihm damals dafür eine „Strafe“ auferlegt, die ein Schlag ins Gesicht des Rechtsstaates war.

Das ist der Mann, der jetzt den feigen Mördern die Hand drückt, der heuchlerisch vom menschlichen Mitleid deklamiert und keine Mordbanden als unglückliche verfolgte Opfer hinstellt. Er hat das Wort geprägt von den „Rippen, die in den Sand rollen werden“, er hat das Signal gegeben zu jener maßlosen Mord- und Mordhege seiner Redner, zu jenen Orgeln von redbnerischen Plaudereien, die sich ausschließlich gegen Sozialdemokraten und Republikaner richten. Dieser Mann hat kein Recht, Klage zu führen über mangelnden Rechtschutz. — Wir finden vielmehr, daß das Recht ihrer gegenüber so langmütig angewandt wird, daß es in Gefahr gerät, aufzuhören, Recht zu sein. Wir finden vielmehr, daß noch niemals in einem Rechtsstaat ein Mann in voller Öffentlichkeit, in steter Wiederholung so ungehemmt zum Mord ansetzen konnte wie Hitler.“

Hamburg, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Hamburger Senat hat am Montag auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die das Erscheinen und die Verbreitung des „Hamburger Volksblatt“, des „Watt der Arbeiter“, der „Hamburger Volkszeitung“, der „Arbeiterzeitung“, des „Hamburger Volksblatt“, der „Hamburger Volkszeitung“ — sowie aller Blätter, die mit ihrer Wirkung bis auf weiteres verboten werden. Obgleich es sich nur um ein weiteres Verbot der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei Deutschlands, sowie der „Hilfs- und Unterorganisationen und Gruppen dieser Parteien unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen verbieten. Um- und Umbau, sowie Veränderungen jeder Art unter freiem Himmel sind nach der Verordnung nur mit polizeilicher Genehmigung zulässig. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

haben gestimmt die Kommunisten, Sozialdemokraten, die einen Teil des Zentrums und ein Teil der Deutschen Partei.

Abg. Vieker (Soz.):
Wohl von Leibern im Osten kann man bei der Größe der Bevölkerung und der Beschränkung der Mittel nicht durch die Siedlung allein herkommen, im Osten sind aber Millionen Landarbeiter, die gern dort bleiben und nicht abwandern wollen, wenn sie ausreichende und gut bezahlte Arbeit bei zunehmenden Wohnungsverhältnissen hätten. Die Regierung muss die letzten Jahre viel getan, aber noch immer keine Siedlungs- und Wohnungsverbesserungsmaßnahmen gegen die hier beschlossenen Richtlinien werden von den Landarbeitern noch immer nicht beachtet. Die wichtigste Maßnahme ist vermehrte Arbeitsbeschäftigung, denn sonst führt die Siedlung nur zu vermehrten Soziallasten. Durch verzögerte Ausführung der hohen Wohnverträge wird verursacht, dass der Bau der Häuser seine Kosten und seiner Verantwortung nicht tragen kann. Die Siedlung darf auch nicht zur Versorgung für vertrieben worden. Nicht darauf kommt es an, dass — wie Herr Vieker sagt — angemessene Preise für das Land bezahlt werden, sondern dass der Siedler schnell und ordentlich mit gutem Land versehen wird. Nützlich ist es auch, wenn die Siedlungsmaßnahmen der Regierung die Schwierigkeiten bereiten. Versuche mit Genossenschafts- und Familienkolonien sollten gemacht werden. Wertvoll ist es auch, wenn vom Siedler verlangt, dass er das nötige Geld mit eigener Hand verdient. Die Siedlung soll dem selbstwirtschaftenden Bauern eine seiner selbstbewusstesten und auf hoher Stufe der Landarbeiterschaft Heimstatt sein. Dann wird sie zum Segen für den ganzen Reich (Lebh. Beifall.)

Abg. Wimmer (Staatsp.) verlangt, dass endlich auch die Sprache offiziell beim Genfer Arbeitsamt zugelassen werden soll.
Am 18. Uhr wird die Debatte abgebrochen, und das Genfer Abkommen in dritter Beratung erledigt.
Abg. Frau Sander (Soz.) weist es auf das Interessenschiedliche hin, wenn man die Sozialdemokratische Partei als Landwirte bezeichnen wollte. Keiner von uns ist gewöhnt worden, um Interessen einzelner Volksschicht oder einzelner Berufsklassen zu vertreten, sondern wir alle sind da, um die Interessen des ganzen Volkes wahrzunehmen.
Abg. Graf Westary (Volkst.) gibt eine ablehnende Erklärung ab.

Das Urteil im Kaffeler Prozeß

Freigesprochen — Milde Strafen gegen die anderen
Kassel, 16. März. (Eigener Drahtbericht.)
Das hiesige erweiterte Schöffengericht sprach am Montag von den 93 Angeklagten des Kaffeler Landfriedensbruchs 82 frei. Von den übrigen elf wurden vier für den schweren Landfriedensbruch zu der gefälligen Mindeststrafe von sechs Monaten, drei wegen einfachen Landfriedensbruchs zu der gefälligen Mindeststrafe von drei Monaten, einer zu einfacher Hausfriedensbruchs zu je zwei Monaten, einer zu drei Monaten und ein jugendlicher Angeklagter zu zwei Wochen Gefängnis unter Aufsicht einer Bewährungsfrist von drei Monaten. Die Angeklagten nahmen das Urteil ruhig auf. Unter den Angeklagten befindet sich auch der Rädelführer der Kaffeler politischen Leiter des Kampfbundes.

Der Staatsanwalt hatte in seinen Strafverträgen für den Angeklagten sowie zwei Angeklagte je sechs Monate Gefängnis verlangt und für alle übrigen wegen einfachen Landfriedensbruchs drei Monate Gefängnis.

Deutsche Hausmusik bei Ditlev

Herr Ditlev hat seinerzeit den lächerlichen Versuch gemacht, die deutsche Hausmusik zu verbieten. Er hat es ferner auf die Kunst und die moderne Musik abgesehen. Er hat den Kulturminister des Nationaltheaters in Weimar hinausgeworfen, weil er zu viele moderne Musik gepflegt habe. Herr Ditlev hat einen Kulturkampf den Kampf des einseitigen, unheimlichen, niveaulosen Spießbürgertums gegen die Kultur. Es ist eine groteske, zumal wenn man, namentlich im Hinblick auf das Kulturprogramm jener Schichten bedenklich die Herrschaft des leistungsgleichen tragen.
Ein Berliner Musiker und Schätzmann hat 400 Schüler einer Schule über ihre Stellung zur Musik befragt und hat die Ergebnisse veröffentlicht. Die Umfrage ergab eine absolute Mehrheit jeder ersten Musik, vor allem der Kammermusik. Die zweite waren ganz gleichzeitig: erste Musik ist langweilig, zweite feinerer Feinstrimmung. Schlager und Tanzmusik wurden allgemein bevorzugt. Ein fünfzehnjähriger antwortete: Für mich sind Schlager sehr angebracht! Das Vieh als musikalische Genossen schien für die Schüler überhaupt nicht zu existieren. Das Ergebnis war, dass diese 400 Schüler absolute Oberherrn der Kultur, Kulturlosigkeit und Musiklosigkeit zeigten. Das ist der Maßstab an sogenannten Gebildeten!

Es ist unbestreitbar, dass ein sehr großer Teil der Schüler der Schule heute aus jenen sozialen Schichten kommt, die den Nationalsozialisten nachlaufen. Die Umfrage gibt zugleich ein Bild von der kulturellen Lage dieser Schichten. Schlager und die Tanzmusik sind eben die deutsche Hausmusik, in denen man von Hitler schwärmt. Die Liebe der Schichten, in denen man von Hitler schwärmt, die Liebe der Schichten und zur Feinstrimmung durch Musik geht ausgezeichnet. Es wäre auch unangelegentlich, dass ein nationalsozialistischer Junge gleichzeitig für Mozart und keine Musik liebt und einen Altersgenossen von anderer Denkungsart mit Schläger oder Renner absüllen könnte! Überhaupt ist die Sehnsucht, die aus der nationalsozialistischen Bewegung spricht, sich mit jeder Humanitätsgefühl vertragen zu lassen, eine Sehnsucht, die ein Ausmaß hat, das man erkennen muss, welche tiefe Herabsetzung in den nationalsozialistischen Verhältnissen liegt. Ein Konzept auf deutsche Kunst für sich zu empfinden. Der Nationalsozialismus ist der schlimmste Feind der Kultur überhaupt!

Die Herrschaft der Minderwertigen

Das ist das Schlagwort, das die Reaktionskräfte aller Richtungen der Demokratie schreien. Sie wissen nicht, wie sie sich wehren! Hier sind zwei ganz typische Beispiele aus dem Reich der Reaktion, aus denen man schließen kann, was man jenen Kräften für hochwertig hält!
Der erste ist einer der Mörder aus der Hauptlandstraße in der Mauerlinie in Kassel 19. März. Nationalsozialist. Mörder hat erklärt, warum er Nationalsozialist geworden ist: Er wollte nicht Mörder werden, er wollte etwas Besseres machen, was er als Nationalsozialist getrieben hat. Er ist eine andere Art der Herrschaft der Reaktion, ein aus dem Reich der Herrschaft der Minderwertigen. Er ist ein Mitglied des Stahlheeres antinational. Er ist ein Freund. Ich brauche nicht mehr zu arbeiten, der Stahlhelm ist für mich gemacht, denn ich bin ein Nationalsozialist. Der Stahlhelm kam nicht zur Macht, denn ich bin ein Nationalsozialist. Das ist ein Beispiel, das es sehr bald wegen mangelnder Kenntnis erklären lässt. Ich habe den Jungs von einem Klassenkampf erfahren, der aber von der rechtsradikalen Militärpartei verurteilt werden, erwarteten von Nationalsozialismus ein persönliches Wunder für sich selbst. Bei dem einen, der etwas Besseres werden wollte, führte es zum Nord, bei dem anderen, der sich als Minister sah, zum Selbstmord. Sie wollten etwas werden, aber sie wollten weder arbeiten, noch lernen. Was Mühe und Arbeit, Kenntnisse und Vorbildung, Drang nach Wissen und Erkenntnis. Uniform macht alles. Sie zogen das Hitlerhemd und die Stahlhelmschiff an, um nicht mehr arbeiten zu müssen.

Das sind die unreifen Elemente, jene Büchsen, die laut schreiend das Schlagwort von der Herrschaft der Minderwertigen in Deutschland gegen die Demokratie nachröhren. Herrschaft der Minderwertigen, das ist ganz gewiß das richtige Schlagwort für die Hitler und die Minderwertigen im Geiste, wie sie sich um die Hitler und Selbste sammeln!

Wo bleibt der 2. Mann?
An alle Mitglieder der Sozialdemokratie



Erinnere die anderen Genossen stets an ihre Pflicht und frage: „Wo bleibt der zweite Mann!“

Wo bleibt der 2. Mann?
Keine Ausdehnung der Untersuchung in Stuttgart

Die von kommunistischer Seite ausgegangene Meldung, daß im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Dr. Friedrich Wolf und Frau Dr. Jakobowitsch-Kienle auch die Katolischen anderer Herge, vor allem des Leiters der städtischen Frauenklinik in Stuttgart, Professor Baill, beschlagnahmt worden seien, ist unzutreffend. In Zukunft kommt eine Ausdehnung der Untersuchungsverfahren auf andere Herge und deren Klienten nicht in Frage. Ob es zu einem späteren Zeitpunkt erforderlich sein wird, läßt sich zurzeit noch nicht beurteilen.

Ist das Inkrafttreten der Genfer Wirtschafts-konvention unmöglich?

Am Montag begann hier der zweite Tagungsabschnitt der zweiten Wirtschaftskonferenz. Als Ergebnis der Beratungen des ersten Tages läßt sich ebenfalls noch keine Möglichkeit erkennen, die Genfer Wirtschafts-konvention vom 24. März 1930 in Kraft zu setzen. Die Frist dazu läuft am 1. April endgültig ab.
Die Ratifikationen der Konvention sind inzwischen auf 12 gesiegen. Alle 12 Staaten, die ratifiziert haben, erklären jetzt aber eine vorbehaltlose Inkraftsetzung für unmöglich. Dennoch schlägt der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Fosse, vor, in diesem Tagungsabschnitt endgültig die Inkraftsetzung zu versuchen, sofern Frankreichs Senat noch vor dem 1. April ratifiziert. Vor dieser Alternative wird der französische Vertreter Fisel jedoch zurück, indem er sich hinter die Freiheit seines Parlaments verschließt. Präsident Colliat machte den Vorschlag, die Inkraftsetzung durch die 12 Staaten erfolgen zu lassen, die bereits ratifiziert haben und zwar mit der Maßgabe, daß ihre wichtigsten Nachbarn sich der Konvention zu einem bestimmten Termin ebenfalls anschließen müssen. Endlich empfahl England, ein Protokoll zu unterzeichnen, das das Inkrafttreten auch nach dem 1. April gestatten würde. Dagegen erhoben sich sofort juristische Bedenken, da man für diese Forderung der schon ratifizierten Konvention die Zustimmung der einzelnen Parlamente brauche. Man müsse dann schon eine ganz neue Konvention ausarbeiten.
So scheint nach der ersten Tagung wiederum kaum etwas Positives für die gemeinsame Wirtschaftsaktion herauszukommen.

... halb Bohnenkaffee, halb Kathreiner, auch das hilft schon sparen! Und das schmeckt ganz ausgezeichnet!

Der französische Senat deckt Verzet
Der unabhängige Senatsschlichter hat den Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität für den früheren Reichstagspräsidenten mit allen Stimmen seiner neun Mitglieder abgelehnt. Der Antrag lag dem Senat-Vorsitzungsmitglied vor, daß er kein Recht habe, Verzet als Zeugen vorzuladen, nachdem er ihn bereits als Angeklagten behandelt habe. Die von der Generalstaatsanwaltschaft beantragte Exhumierung zum Strafverfahren wurde von einer anderen Kommission des Senats ebenfalls abgelehnt.

Die Betrüger brauchen nicht auszusagen

Paris, 16. März. (Eigener Drahtbericht.)
Die 12. Pariser Strafkammer hat Dufric und den Direktor der Dufric-Bank, Parabis, die sich wegen Verweigerung der Zeugnisaussagen vor dem Dufric-Ausschuß der Kammer zu verantworten haben, mit der Begründung freigesprochen, daß sie vor ihrer Berufung vor die Untersuchungskommission bereits wegen Betruges unter Anklage gestellt waren und sie daher durch eine unter Eid abgegebene Aussage vor der Kommission sich selbst der ihnen als Angeklagte zustehenden Rechte beraubt hätten. Nachdem sich auch der Senat geweigert hat, die parlamentarische Immunität des wegen des gleichen Vergehens angeklagten Senators Peret aufzuheben, erscheint es fraglich, ob der Untersuchungsausschuß überhaupt noch seine Arbeiten mit Aussicht auf ein praktisches Ergebnis fortsetzen kann.
Am Montag hat sich der Direktor der von der Dufric-Bank begründeten Holding-Gesellschaft Holtra zunächst ebenfalls geweigert, vor der Untersuchungskommission auszusagen. Holtra erklärte, er sei in dem Prozeß gegen eine andere von Dufric kontrollierte Gesellschaft unter Anklage gestellt und würde daher durch die Aussage vor der Untersuchungskommission seine eigenen Interessen schädigen. Erst als der Vorsitzende der Kommission dem Zeugen erklärte, daß er nicht über die Angelegenheit dieser zweiten Gesellschaft befragt werden würde, sagte der Zeuge zu, am Dienstag vor der Kommission zu erscheinen.

Politischer Zusammenschluß des polnischen Bauerntums

Warschau, 16. März.
Der schon längst geplante und vorbereitete Zusammenschluß der drei polnischen Bauernparteien Wynalensie, Piast und Stronictwo Schlepste ist gestern in Warschau endgültig erfolgt. Schon vor einigen Wochen war gewissermaßen als Einleitung die Vereinigung der drei Bauernfraktionen im Sejm und im Senat vollzogen worden. Die gestrige Versammlung von Vertretern der drei Bauerngruppen sagte eine kurze Entschließung, in welcher erklärt wird: das Wohl des Staates und des Volkes hätten diesen Zusammenschluß notwendig gemacht. Sein Zweck sei die Verteidigung der Demokratie und der wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Interessen des Bauerntums. Zum Vorsitzenden des Parteirates wurde Mitas gewählt, der Gründer und Führer der Piast-Partei. Bekanntlich ist Mitas ein alter Widerlächer Piłsudskis, von dem er 1926 als Ministerpräsident gestürzt und dann im vorigen Jahr mit vielen anderen Parlamentariern in Brecht-Ditowoi eingesperrt wurde. Zum Vorsitzenden des Parteikonferenzen wurde der langjährige Führer der Wynalensie Halkowski gewählt. Dieser Zusammenschluß der Bauern muß jedenfalls als eine Schlappe des Piłsudski-Bloßes gewertet werden.

Ergänzung des britischen Kabinetts

Anstelle des verstorbenen Lord Russell ist der Arbeiter-angeordnete Snell zum parlamentarischen Untersuchungssekretär für Indien und zum Sprecher der Regierung im Oberhaus ernannt worden. Snell, ein früherer Landarbeiter, erhält gleichzeitig den Titel eines Lords.
Als Nachfolger für den verstorbenen stellvertretenden Ministerpräsidenten Martshorn wird in parlamentarischen Kreisen Herbert Morrison, Minister für den Transportwesen, genannt.

Verstaatlichung der Londoner Verkehrsmittel

Arbeitsminister Morrison unterbreitete dem Unterhaus am Freitag eines der großen Reformwerke der Arbeiterregierung: die Zentralisation und Verstaatlichung der gesamten Londoner Verkehrsmittel, die sich bis heute in Privathänden befinden. Als Vorbild haben der Arbeiterregierung die Städte Wien und Berlin gedient. Auch die Umorganisation des Verkehrs soll nach dem Muster von Wien und Berlin erfolgen. Das Gesamtkapital der künftigen staatlichen Londoner Verkehrs-gesellschaft ist im Geleß mit 190 Millionen Pfund Sterling veranschlagt. Seine zweite Lesung soll das Unterhaus noch vor Ostern vornehmen.

	17.3	16.3		17.3	16.3
Kaufer	171	176	Kanien (Unter-Bege)	3.02	3.30
Reife (Stadt)	-7.46	-7.43	Fußwehr	2.18	2.71
Kleinbecken (Hinter-Bege)	1.97	1.86	Ablaufmenge (stündlich)	1.58	1.49
Brig (Kaufer)	2.73	2.70	Kleinbecken (16.3)	1.56	-
Frieden	1.18	1.18	Kleinbecken (2.3)	-	-

Breslauer Produktenbörse vom 16. März

Anfängliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 16. März 1931 in der Börse im Großenhandel gebundene Preise für verschiedene Waren im Reichsmark, bei üblicher Rechnung nur in Karoliner (alt der Erzeugerpreis) tägliche anfängliche Notierungen.

Getreide	16.	14.		16.	14.
Weizen (schlechte)	239.00	238.00	Die Preise ver-schieden sich per 100kg ungewogen für Breslan in soll 16 Tonnen beinhalten	30.00	30.00
Getreidemehl (schlechte) 75.0 kg gut, gemut und trocken	29.00	29.00		36.00	36.00
Getreidemehl (schlechte) 72.0 kg trocken in Mülleisengewebe verpackt	38.00	38.00			
Gesamtschmelze, hart, glasig, 60 kg ...	185.00	185.00			
Weizen (schlechte) 70.5 kg Durchschn. Qual., gemut & trockn	190.00	190.00			
Getreidemehl (schlechte) 72.5 kg gut, gemut und trocken	25.00	25.00			
Getreidemehl (schlechte) 68.5 kg trocken in Mülleisengewebe verpackt	25.00	25.00			
Speise, mittlere Art und Güte (alter Grade) (neuer)	21.00	21.00			
Speise, mittlere Art und Güte ...	206.00	206.00			

	18	14		16.	14.
Weizen (170%)	41.00	41.00	Anfangsnotiz ...	47.00	47.00
Speise (180%)	28.75	28.75			
Tages-Notiz					
Dekanten	16.	12.			
Weizen (170%)	19.00	19.00			
Speise (180%)	27.00	27.00			
Tages-Notiz					

Schlechte (alt & ungewogen) gute 1.30, alte 1.30, neue 1.50		
Schlechte (alt & ungewogen) alte 1.30, alte 1.30, neue 1.50		
Tages-Notiz		

berücksichtigt beim Einkauf unsere Anzeigen!

Billige Woche



Greifen

Sie zu!

Das große

Textilwaren - Angebot

mit seinen niedrigsten **Rekord-Preisen.**



Die

Konfektions - Etage

bringt

Riesenschlager

aus der großen **Selbstanfertigung** und **spottbilligen Einkäufen.**

Verband der Nahrungsmittel- u. Getränkearbeiter
Am 16. März 1931 verstarb unser langjähriges
Mitglied, der Brauereiarbeiter

Karl Zrostek

im Alter von 52 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Ortsgruppe Breslau
Beerdigung: Donnerstag, 19. März, nachm. 3 Uhr,
von der Friedhofskapelle Dürrgoy aus.
Trauerhaus Breslau, Molwitzstraße 18. 1014

Am 16. März verschied plötzlich und unerwartet
unser Mitglied

Herr Karl Zrostek

im besten Alter von 52 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder des Schützen-Vereins
der Lagerkammerstr. E. Hagen (früher Fähring)
Beerdigung: Donnerstag, 19. März, nachm. 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Friedhofes in Dürrgoy.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher und
schwehler Teilnahme sowie für die herrlichen
Gespenden beim Heimzuge meiner lieben,
geliebten, unvergesslichen Frau

Berta Grospietsch geb. Mohr

sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten
herzlichsten Dank.

Breslau, den 16. März 1931

Nachdemstraße 17

Der tiefbetrübende Gatte
Max Grospietsch

Danksagung

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Trauerfeier
meines lieben Gatten und Vaters

Gustav Genieser

sage wir allen, besonders der Kapelle des Reichsbanners
Neumarkt, unseren besten Dank.

Fischerstr. 17, März 1931.

Familie Genieser

Kinder Tage

vom 18.-21. März

billige Angebote

Tietz.

Anteilhaber-Gesellschaft Breslau E. V.

Ortsgruppe des Volksbundes für
Gesundheit - Gröndstr. 14/15

Samstag, den 22. März 1931, von 10 Uhr,
im großen Saal des Kameradensaal, Gartenstraße 39

Jugendweihe

Eintrittskarten 50 Pf. Erwachsene und Kinder
Gründer u. a. d. Karte * 30 Pf. Nur an der Kasse

Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn

Friedrich Engels

1811-1895
Broschüren und Vorkauf.

Richard Tauber

singt
19. März im
Schauspielhaus

und auf
Odeon-Platten

bei

Felix Kayser

Ring, Am Rathaus 26

Zufolge erwarten sie unsere Leistung
- bei größtem Erfolg!

Lehrling



und für seinen Beruf zweckentsprechende
Eklektion liefert. - in jeder Größe

Bemerkung

Es ist nur in Ordnung möglich.
Bitte beachten Sie auch unsern Anzeiger!

Neuer Stoff u. Beruf-Kleidung
Oskar Dehmel
Breslau, Neumarkt 45

Trotz Preisabbau

in fast allen Waren auch im Jahre 1931

8% Rabatt

in sämtlichen
Ka-Ha-Geschäften

garantiert durch den

Edeka-Großhandel Breslau

Anzahlung erfolgt wieder kurz vor Weihnachten

Wie fein...
Sie haben jetzt 3
Schmackhafte
Sorten zur
Wahl!



Die beste
Margarine
in jeder Preislage
verkörpern diese Drei. Keine
wird so leicht übertroffen.
Alle sind gut für die Küche
und als Brotaufstrich.
Da weiß man, was man isst.

Das neue bayerische Qualitätsprogramm
der **VWV Nürnberg.**

Deckbetten 1. Sinfelt
15.-, 20.-, 25.- u. 35.- 90x120
Riffen 5.-, 6.- u. 7.50 90x120
Seibhaus Delsnerstr. 121.

Großer 6211
Schreibergarten
mit Umbe (Wolfsstapel) zu
verkauft. Ditt u. B. 24 an
"Bolschacht", Gürtelstraße 4.

Urania

12 Monatshefte
und 4 Bücher
**Der geologische
Reisepass**
zu besch. nach 10 Gebirgsreisen
1. Jahrgang u. 10 Gebirgsreisen



Warum wollen Sie für fach-
männisch genau geprüfte
Schweizer
Qualitäts-Uhren
bis 50 %
mehr bezahlen als bei uns?
Diese Vorteile bieten wir durch direkten
Einkauf ab Fabrik und durch Vermeidung
hoher Kosten für Ladeneinrichtungen usw.

Ein Beweis unserer Leistungsfähigkeit:

Echte Silber-Lunette, 10 Steine 7.50
Echt Silber, 800 gest., 10 Steine 10.-
Gold-Doppel 10 J. Ger., 10 Steine 11.-
Echt Gold, 585 gest., 10 Steine 17.75
Echt Gold, 585, R. Ankerwerk 22.75

Platin, 10 Steine, mit Lederb., 11.00
Echt Silber, 800 gest., 10 Steine 12.75
Gold-Doppel 10 J. Ger., 10 Steine 14.75
Echt Silber, 800, R. Ankerwerk 18.75

Platin, 10 Steine, Leuchtziffern 13.-
Echt Silber, 800 gest., 10 Steine 15.75
Doppel, R. Ankerwerk, 15 Rub. 19.75
Armbanduhren mit minderwertigen Werken
ohne Steine führen wir nicht

350 Muster, 5-300 Mark.
Eigene Reparatur-Werkstätte
Uhrenhaus Präzision
G. m. b. H.
Breslau, Schwelbe, Str. 54

Verkaufsstellen:
Leipzig, Neumarkt 24
Halle a. S., G. Ulrichstraße 63
Magdeburg, Breite Weg 38
Hannover, Bismarckstraße 6/7
Dresden, Amalienstraße 13
Katalog mit 240 Uhren gratis durch uns.
Zentrale Dresden, Amalienstraße 13
Broschüre Versand an Privat!

Regierung fördert **10%**
Reger-Seite
dagegen **16%**
billiger!

Das Reichsbanner also nur 16% Preiserhöhung
und kein der wertvollen Geschenke.

Die „Frauenwelt“
den Frauen zum Lesen,
Denken und Schätzen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für
Frau des schaffenden Volkes
Preis 35 Pf. Zu bestellen
bei allen Zeitungsstrassen

Breslauer Nachrichten

Nebenbeschäftigung gesucht!

Das Gold liegt auf der Straße! Dieses Wort ist nicht nur in Amerika Geltung zu haben...

Damen und Herren, mit guter Garderobe, für leichte Reisetätigkeit gesucht. Tägliche Auszahlung.

gehen hin, unsere Garderobe ist zwar nicht mehr neu, aber gepflegt und gebügelt. Der Hut hat vor einer Woche ein neues bekommen...

Arbeitsfreudig und arbeitsfreudig, wie man anfangs sehen wird, auf Tour. Wer vollwertige kaufmännische Studien hat...

Nach zwei, drei Tagen, die unsere Schuhe arg mitgenommen sind, denn die Straßen sind naß und das Herbstlaub klebt in den Schuhen...

irgendjemand sucht Abonnentenwerber. Die Arbeit ist nicht schwer, aber schließlich ist ja noch jedes Kind aus kleinen Anfängen herausgewachsen...

Monatlich 500-600 Mark, ohne Kautions-Generalvertrieb für patentamtlich geschützten Schlägerartikel...

suchen hin und finden bereits einige Duzen Bewerber. Jeder glaubt, jeder geht zurück. Bis auf einen, den Glücklichen...

Das Gold auf der Straße ist Illusion!

Frauenmörder § 218

Eine Riesenkundgebung gegen die Kulturschande

Das Vorgehen des Staatsanwalts in Stuttgart gegen Dr. Wolf und Frau Dr. Kienle hat eine außerordentlich starke Protestbewegung im ganzen Reich...

Genosse Karl Pletsch eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis auf den unlängst geführten Prozeß gegen eine proletarische Frau in Oberschlesien...

Justizrat Dr. Werthauer-Berlin

ging davon aus, daß der § 218 schon von jeher von einschüchternden Kreisen bekämpft worden ist. Vor hundert Jahren suchte man dem Problem auf dem Gebiete der Gemütsverfassung beizukommen...

jährlich eine Million Fehlgeburten

zu verzeichnen, die zu 80 Prozent künstlich herbeigeführt wurden, nicht von denen, die dazu berufen sind, sondern heimlich erfolgten. Daß der § 218 nicht längst durch einen Volkssturm beseitigt wurde...

In der Breslauer Ortskrankenkasse ist festgestellt, daß von 7000 kranken Frauen 6000 an den Folgen einer Abtreibung leiden

Das zeigt, wie notwendig es ist, daß alle diese Fälle in sachkundige Hand gelegt werden müssen. Das natürliche Empfinden des Volkes ist mit dem § 218 längst fertig...

Bei der Minderabtreibung müssen 10 bis 20 Prozent der Frauen mit dem Tode, die anderen mit Sterblichkeit und dauernder Unfruchtbarkeit rechnen!

Der Redner wendet sich dann gegen die Behauptung, daß die Beseitigung des § 218 zur Ausschweifung und zur Verwilderung der Sitten führen würde. Den Wissenden stehen Vorbeugungsmittel zur Verfügung...

Die Volksüberzeugung hat an der Abtreibung niemals Anstoß genommen. In Schlesien war sie noch unter Maria Theresia straflos. Erst nach den preussischen Kriegen wurde sie im militärischen Interesse verboten...

Reichstagsabgeordnete Adele Schreiber

Der Stuttgarter Staatsanwalt Auhörst ist seit langem rühmlich bekannt durch sein Vorgehen gegen das Buch von Hobann: „Bringt uns wirklich der Klapperstorch?“...

Nun fragen Leute, ob die Menschen durch die Abtreibung nicht Genies verlieren.

Sie sollten ihre Weisheit lieber der Bekämpfung der Not zuwenden, damit nicht so viel Geborene sterben und eine dazuerbende Anzahl nach unten erfolgt...

Man soll auch die Kriege abschaffen, damit ist bevölkerungspolitisch mehr zu erreichen als mit aller Phantastik. Die neue Enzyklika des Papstes mutet weltfremd an...

Die Krankenkassen sollten sich als Vorhut betrachten und empfangnisverhütende Mittel unentgeltlich abgeben

Die Rednerin zeigt an zahlreichen Einzelbeispielen, wie die Ärzte auch in erlaubten Fällen im Hinblick auf den § 218 einen Eingriff nicht wagen. Deshalb die große Zahl von Kurpfuschern...

Der Fall Wolf-Kienle wirkt Wellen, die wir uns zumeist machen müssen. In roher Weise ist das ärztliche Berufsgeheimnis verletzt worden...

Die Nazis haben im Reichstage einen Antrag eingebracht, der die Beschränkung der Kinderzahl unter Zuchthausstrafe stellen will...

Um deine Kinder, deine Familie, dein Recht und deine Gesundheit handelt es sich! Werft das Schicksal des § 218 in die Wollschlucht!

Die große Kundgebung endete mit der einstimmigen Annahme folgender

Entschließung

gegen eine Stimme: Die von dem Aktionsausschuß gegen den § 218 am 16. März 1933 in das Breslauer Gewerkschaftshaus einberufene Versammlung erhebt ihren Protest gegen den kulturreaktionären Kurs...

Die Versammlung wendet sich an die sozialistischen Fraktionen des Reichstages mit der Aufforderung, die folgenden Anträge als dringlich im Reichstag behandeln zu lassen:

- 1. Sofortige Freilassung der noch verhafteten Herzlin Frau Dr. Kienle. 2. Sofortige Amnestierung und Freilassung sämtlicher auf Grund des § 218 inhaftierter Personen. 3. Aufhebung der §§ 218 und 184, Abs. 3, des Strafgesetzbuches.

Bereiteter Räuberplan

Gestern, gegen 19 Uhr, spielte sich in der Sonnenstraße eine an Wildwestromantik erinnernde Szene ab, als deren Opfer der 36 Jahre alte Schuhmacher Josef S. aus der Sonnenstraße auszuweichen war...

Die Inschuld vom Lande

die gar nicht mal so doof war Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß ein in Breslau zu Besuch weilendes Mädchen vom Lande von einem Gauner überfallen worden sei...

Salatenschieber als Waffe

gegen Polizeibeamte

Am Vormittag wurden des Sonntags versammelten sich an Kochbörner Straße etwa 50 Nazis, die geschlossen nach der Polizeistation marschieren wollten...

Es ist nicht uninteressant, die Detailsungen zu lesen, die in der Breslauer Tageszeitung von diesem Vorfall geben. Die Polizei ist verurteilt, daß bei dem Handgemenge die Waffe dem Schupo ins Gesicht geschossen wurde...

Heute Abend, 20 Uhr

Zirkus Busch

Severing

Der rettende Laternenstahl

Am Montag, dem 16. März, nachmittags 12 Uhr, ereignete sich auf der Altenstraße ein Unfall, der schwere Folgen haben konnte. Ein Pferd war mit dem Wagen durchgegangen...

Kinderschänder verhaftet

Vor einigen Tagen ist der 46 Jahre alte Konditormeister ...

Der Stand

des Breslauer Großgrundbesitzerverbandes

Ueber den jetzigen Stand des Großgrundbesitzerverbandes ...

Beachtet des Gehalt

wenn Schulerklassen eine Beihilfe erhalten ...

Für Minderjährige, die nicht unter Vormundschaft ...

Stanzungen von Hausinspektorenstellen ...

Stanzungen von Hausinspektorenstellen für 1931

Die Städtische Hausinspektorenstelle ...

Frauen im Offizier Los und Stellung Jugend

Die 2. Frauen-Abteilung der Freien Arbeiterkassen Breslau ...

Rudi Strass-Lage der Breslauer Volkshöhle

Es geschah das Wunder: Großstadtler, gewohnt, das ...

Rudi Strass ist der lebendigste Geist gegen das Sozialisten ...

Eindruck in ein Sigaretengeschäft

In der Nacht zu Montag sind unbemerkte Eindrehler ...

Eternabend der EW.

Einem Eternabend betankelten das Heim 8 (Sandtor) ...

IV. Proletarische Morgenfeier der Parteiabteilung Nikolaitor

Samstag, den 22. März, vormittags 10 Uhr, im Zentral-Theater, ...

Aus dem Programm:

Orchesterkonzert - Gedächtnisfeier: Genosse Pippmann - ...

Silberhochzeit feiert heute der Genosse Georg Tischel ...

Silberhochzeit feiert heute der Genosse Gorilla ...

Bekanntgabe von Sport- und Sonderjahren durch ...

Einleitung Band für Heimarbeit. Am Freitag, dem ...

Koncert - Theater - Veranstaltungen

Heute: Schillertheater. In Dienstag, den 24. März, 8 Uhr ...

Schillertheater

... mit dem Hauptstück ...

Der Photo-Graf!

In jeder Zeit ist es ein großer Erfolg ...

Sozialdemokratische Partei Partei-Verwaltung ...

Parteilagenoffen und Arbeitsgruppen. Die Arbeitsgruppen ...

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde ...

Sozialistischer Kampfband

Gefährliche: Arbeiterprüfung im sozialistischen ...

Sozialistische Arbeiterjugend

Am Sonntag, den 29. März, findet in der ...

Sozialistische Indendentenschaft

Unsere Veranstaltung „Sozialistischer Nationalsozialismus“ ...

Freigewerkschaftliches Jugendparität

Zentralverband der Unabhängigen Jugendgruppe ...

Freidenkerjugend

Heute, 20 Uhr, spricht die Genossin ...

Monistische Jugend

Heute, ab 10 Uhr, im Heim ...

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde

Mittwoch, 20. März. Die ...

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Samstag, 20. März. ...

Bereinstalender

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiter-Kinderfreunde ...

Amstlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau ...

Im Haushaltsplan wird gespart

Wirkungen der Krise und der Notverordnung in der Statuaufstellung der Provinz Steuerverlast wie im Vorjahre vorgelesen — Sparkommission macht Vorschläge Stammensanstalt Liegnitz wird übernommen — Gründung der Elektro AG. — Bürgschaft für die Forstschäden — Sechs neue Drogenbergleute im Provinziallandtag

(Amtlicher Bericht.) Den breitesten Raum in der Sitzung des Provinzialausschusses vom 13. und 14. März, nahmen die Beratungen des Haushaltsplanes für 1931 ein. Die entsprechenden Landtagsvorlagen waren im Finanz- und Wirtschaftsausschuss schon eingehend behandelt worden. Die Haushaltspläne des Haupthaushaltsplanes, dem u. a. die Provinzialbilanzen nebst Begleitbericht und erstmalig — vereinfachte — eine Rentabilitätsberechnung des Vermögens der Provinz beigefügt sind — Vergleichszahlen der Finanzstatistik der Provinz sind neben anderem in einer Tabelle die Staatliche Stelle besonders aufgeführt. „In den Haushaltsplänen“ enthalten — war diesmal um so schwieriger, als die Wirtschaftslage und die damit verbundene starke Minderung der Steuereinnahmen, sowie durch die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 scharfe Einschränkungen der öffentlichen Ausgaben mit bestimmten Richtlinien vorgezeichnet waren. Hiernach mußte der Etat in diesem Jahre völlig neu aufgestellt werden, die früheren Jahre aufgestellt und dabei ausgleichend werden, daß der Steuerlast trotz Sinkens der Einnahmenüberweisungen nicht erhöht, andererseits aber auch nicht ermäßigt werden konnte.

Ferner konnten in diesem Jahre die tatsächlichen Einnahmen des Vorjahres nicht als vorläufige Einnahmen vorgelesen werden, denn sie sind im laufenden Jahre gegen den Anfang des Vorjahres ganz wesentlich und zwar insgesamt um 1,9 Millionen RmL. zurückgeblieben. Es ist anzunehmen, daß sich die Auswirkung dieser schließlichen Wirtschaftslage noch weit mehr im kommenden Jahre zeigen wird. Es mußte daher von der durch die Provinzialregierung errechneten Schätzung der Einnahmen ausgegangen werden, womit sich eine ganz wesentliche Minderung derselben ergab. Um den Etat zum Ausgleich zu bringen, der diesmal Mehrausgaben anlässlich des bevorstehenden Jahres des Herbsthochwassers 1930 bedingt, aber auch Folge besonderer Umstände Mehreinnahmen und Minderausgaben — 6proz. prozentiger Schatzbau, Preisabbau — enthält, sind außer der vorgelegenen Anleihe-Aufnahme — für Bauten und Elektrizitätswerke, größere Meliorationen einschließlich des Bauens der Hochwasserflüsse und der Hartsch, Wegebau — nicht die härteste Einsparungen an allen Etats und weitere einschneidende Maßnahmen, wie z. B. eine Einstellungsperre für Beamte und Angestellte, vorgenommen werden, sondern auch Kränkungen, von denen die Verwaltung überzeugt ist, daß sie für längere Zeit durchgehalten werden können. Nach eingehender Diskussion genehmigte der Provinzialausschuss den aufgestellten Haupthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931 als Landtagsvorlage. Die Einnahmen und Ausgaben stellen sich auf 70 Millionen RmL., der Steuerbedarf auf rund 7,5 Millionen RmL., der Anleihebedarf auf rund 6 Millionen RmL. Zur Deckung des Steuerbedarfes für 1931 ist der Provinzialsteuerzuschuß in gleicher Höhe wie im Vorjahre mit 14,14 Prozent vorgelesen.

Als Landtagsvorlagen wurde weiterhin dem Entwurf der Provinzialsondererlässe für 1931 — teilweise vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung bei Festlegung des Haushaltsplanes — genehmigt, so den zusammengestellten Haushaltsplänen der Provinzial-, Heil- und Pflegeanstalten (Lebus, Briesg, Sprottau, Jagwitz, Lüben und Freiburg), dem Haushaltsplan der Provinzial-Hochwasser-Verwaltung und Frauendienst Breslau, des Provinzial-Hochwasser-Verwaltung und Frauendienst Schweidnitz, des Provinzial-Erziehungsanstalten Schweidnitz und Koblau, der Provinzial-Bildungsanstalt Breslau, des Provinzial-Kinder-Heimstätten in Jannowitz, des Provinzialen Museums der Provinz, der Provinzialen Kunsthalle in Breslau, des Provinzialen Landesamtes für die Provinz, des Provinzialen Denkmalpflege, Breslau und schließlich der Provinzial-Hochwasser-Verwaltung. Gleichzeitig wurde der Entwurf des Geschäftsberichts der gleichen Anstalt für das Kalenderjahr 1930 als Landtagsvorlage genehmigt, ebenso in gleicher Richtung — zwecks Erleichterung der Geschäftsbearbeitung — nebst Bilanz der Provinzial-Landesbank für die Provinz, Niederschlesien für das Rechnungsjahr 1930. Auch bei der Sondererlässe mußte zum Teil scharfste Ausgabenkürzungen vorgenommen werden, wenn auch Minderausgaben durch den Preisabbau infolge Kürzungen besonders in den Beschäftigungs-, Beschäftigungs- und Beschäftigungsmittel ermöglicht wurden, ohne daß die den Pflegeeinrichtungen der Provinz zukommenden Leistungen vermindert werden. Weiterhin wurden der Provinzial-Hochwasser-Verwaltung die Verwaltungskosten der Provinzial-Hochwasser-Verwaltung, des Provinzial-Lebensversicherungsanstalt für das Rechnungsjahr 1931 genehmigt und diese in der angegebenen Höhe festgesetzt.

Im Zusammenhang mit den Statuarberatungen nahm der Provinzialausschuss von dem zusammenfassenden Bericht über die Tätigkeit der auf Beschluss des 9. Niederschlesischen Provinzial-Landtages in seiner Sitzung vom 14. Mai 1930 eingeleiteten Sparkommission Kenntnis, aus dem zu ersehen ist, daß ihren Untersuchungen grundsätzlich Rechnung getragen wird. Der Bericht wurde als Landtagsvorlage ebenfalls genehmigt, ebenso der Entwurf einer Landtagsvorlage über Haushaltsänderungen und die Reform der Provinzial- und Wirtschaftsführung durch unabhängige Organe, nachdem die Reichsregierung in ihrem Plan zur Neuorganisation der Provinzial- und Gemeindefinanzverwaltung eingehende Forderungen für alle öffentlichen Gemeinwesen aufgestellt hat und die Provinzial-Verwaltung sowie auch die Provinzial-Schützen in dieser Richtung schon vorangegangen sind. Schließlich wurden der Entwurf der Landtagsvorlage betreffend die in Rechnungsjahre 1929 geprüften Rechnungen der Provinzial-Verwaltung sowie die die Provinzial-Verwaltung betreffend die Übernahme der Stammensanstalt Liegnitz in die Verwaltung und die Eigentum des Provinzialverbandes unter bestimmten Voraussetzungen genehmigt.

Auf wirtschaftlichem Gebiete wurde alsdann dem Entwurf der Landtagsvorlage über die Gründung einer „Niederschlesischen Elektrizitäts-Gesellschaft“ und dem Abschluß einer Arbeitsgemeinschaft mit den Reichs-Elektrizitätswerken genehmigt. Weiterhin wurde der Provinzialausschuss dem Entwurf der Landtagsvorlage über die Beteiligung der Provinz an einer aus fast ausschließlich öffentlichen Gründen notwendigen Kreditanstalt zur Deckung der Hauswirtschaftlichen in den Provinzen, wozu die Provinz unter bestimmten Bedingungen bereit erklärt, neben Staat und Reich — und den beteiligten Kreisen eine entsprechende selbständige Bürgschaft für ein Jahres der Provinzial-Kreditanstalt gegebenes Darlehen zu übernehmen. Weiterhin wurde auf dem Gebiete der Landwirtschaft liegende Landtagsvorlage betreffend die nach dem einschlägigen Gesetzesbestimmungen vorzunehmende Bildung einer Interessentengruppe für den Provinzial-Nieder-schlesien gelegenen Teil der Provinz, die Provinzial-Landwirtschaft der im Hebeschwemmenungsgebiet liegenden Ländereien zum Schutz vor den Folgen der Hochwasserkatastrophen — Beginn am 1. Juli — auf Grund des Niederschlesischen Hochwasserungesetzes in der Provinzial-Verwaltung später in die Unterhaltung zu übernehmen, genehmigt. Weiterhin wurde eine entsprechende Interessentengruppe vorhanden sein. Schließlich wurde der mit dem Kreise Habelschwerdt über die Unterhaltung und Verwaltung der Haupt- und Nebendämme abgezeichnete Vertrag genehmigt. Damit ist der letzte der 12 Landkreise der im Jahre 1925 vom Pro-

vinziallandtag beschlossenen Neuordnung des Straßenwesens beschlossen.

In der Hand der weiteren Tagesordnung stellte der Provinzialausschuss fest, daß als Ersatz für sechs ausgeschiedene Provinzial-Landtagsabgeordnete der Deutschen Nationalen Volkspartei der Provinz Niederschlesien neu in das Provinzparlament eintreten: Nachbiedermeister Richard K u d e l - Breslau, Stadtrat Alfred Doakert - Breslau, Rittergutsbesitzerin Frau Käthe Fromberg - Schottwitz, Landrat Dr. Kirchner - Münsterberg (Schl.), Landrat Gottlieb von Sallig - Kragau, Kreis Schweidnitz, Stellenbesitzer Paul Gehel - Jämskau, Kreis Groß-Wartenberg. Ferner waren in der Sitzung verschiedene Wahlen vorzunehmen. Für die Spruchkammer des Landbestandamtes Breslau wurden auf die Dauer von sechs Jahren gewählt als ordentliche Mitglieder: Rittergutsbesitzer von R i c h t h o f e n - Klein-Rosen und Mühlendirektor Hein - Seifroda, Kreis Wohlau, als stellvertretende Mitglieder: Gutbesitzer Caspar - Ober-Mag, Kreis Neumarkt, und Landwirt Joseph Pohl - Schabenu, Kreis Guben. Als Vertrauensmann der Anwesenden in dem Provinzial-Siedlungsamt für die Provinz Niederschlesien wurde Siedlungsvertreter Quilling - Schlauphof für den verstorbenen Anwesenden Schulz bestimmt. In Beihilfen aus dem Dispositionsfonds des Provinzialausschusses wurden gewährt: 2500 Mark an den Bezirksauschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, 2000 Mark für den katholischen Jungbauernkursus und 500 Mark für einen Lehrgang der Landsmannschaft Schlesien. Ferner wurde der Umwandlung des dem Schlesischen Bund für Heimatschutz gewährten Darlehens und ein zinsloses Darlehen mit festgelegter Rückzahlungsfrist zugestimmt.

Im Schacht lauert der Tod

Beim Revidieren einer Strecke fuhr der Fahrenhauer Friedrich aus Liebhain im Schacht der Fürstentümer Grube im Aufbruch hoch, wobei ihm ein Bergstück auf den Kopf fiel. Er wurde von dem in Fahrt befindlichen Fördergestell herabgeschleudert; nur die Mühe kam mit dem Fördergestell auf der Bühne an. Friedrich war, wie man später feststellte, im Aufzug 20 Meter tief abgestürzt und hatte dabei den Tod gefunden.

50
KURMARK CIGARETTEN
60000 Besucher
Die sechs grössten Städten der Welt
Welt
KURMARK CIGARETTEN

Einbruch in das Görlitzer Stadttheater

In der Nacht zum Sonntag wurde in das Görlitzer Stadttheater ein Einbruch verübt. Die Täter haben sich mit einem Steigeleiter über einen Balken Eingang in die Räumlichkeiten verschafft, sämtliche Beschlässe durchwühlt und circa 250 Mark, die sich aus verschiedenen kleineren Kassenbeträgen zusammensetzen, entwendet. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur. Wie von der Verwaltung des Theaters mitgeteilt wird, handelt es sich bei den gestohlenen Geldern überwiegend um Privatgelde, während die Kasse des Stadttheaters durch den Einbruch nur um rund 50 Mark geschädigt worden ist.

Stieflberg. Zwei Studenten vermisst. Seit Freitag werden im Riesengebirge die Studenten Spohn und Scholz aus Friedland, Schleifen, vermisst. Sie sind am Freitag morgen von der Berggrundbaude mit Schneeschuhen aufgebrosen, und seit dieser Zeit fehlt jede Spur von ihnen. Man befürchtet, daß sie einem Lawineneinsturz zum Opfer gefallen sind, da in den letzten Tagen an verschiedenen Stellen des Gebirges Lawinen niedergegangen sind.

Bundesrat. Den Banbitten überlistet. Auf dem Heimweg nach Ober-Fieder wurde in den Nachtstunden der Viehhändler Tschenscher von einem Wegeleagerer angefallen, der die Herausgabe der Bäckerei verlangte. Tschenscher konnte sich einer Leibwächterin nicht erwehren, jedoch blieb ihm ein größeres Geldbetrag, den er gefälligst verbar, erhalten. Nur etwas Kleingeld war die Beute des Wegeleagerers.

Dobras bei Sagan. Bei einem Brande erstickt. Auf dem Gutshof Dobras war in einer Wohnung Feuer ausgebrochen. Als man in die Wohnung einbrach, fand man das hochbetagte Ehepaar erstickt auf. Der Brand soll durch Ueberheizung eines Ofens entstanden sein.

Jauer. Die Krise mordet. Auf seinem Getreideboden hat sich der hiesige 52 Jahre alte Getreideaufmann B. erhängt. Größere geschäftliche Verluste dürften ihn zu dieser Tat getrieben haben.

Aus der Umgebung

Nazi-Terror wird nicht mehr geduldet

Severings Antwort auf die sozialdemokratische Anfrage im Landtag

Auf die kleine Anfrage der sozialdemokratischen Abgeordneten wegen des Nazi-Terror in Steine hat der preussische Minister des Innern, Genosse Severing, folgende offizielle Antwort erteilt:

Die behauerlichen Ausschreitungen in der Versammlung am 7. Februar 1931 in Steine, Kreis Breslau, die nach den bisherigen Feststellungen auf einen planmäßig vorbereiteten und in hinterhältiger Weise durchgeführten Ueberfall nationalsozialistischer Sturmtrupps auf friedliche Versammlungsteilnehmer hinauslaufen, haben mit Veranlassung gegeben, die zuständigen Polizeibehörden erneut mit scharfen Ermahnungen zur Unterdrückung dieses Treibens der Nationalsozialisten zu versehen.

Es wird geprüft werden, ob hiernach nationalsozialistische Versammlungen in Breslau und Umgebung nicht überhaupt von vornherein als unzulässige Veranstaltungen angesehen und demgemäß behandelt werden müssen. Ebenso wird die Frage erwoogen werden, ob unter den gegebenen Umständen Lastkraftwagen transporte radikaler Organisationen polizeilich zu beschränken sind. Die Unterjuchung über etwa pflichtwidriges Verhalten der anwesenden Polizeibeamten ist eingeleitet. Das Verfahren wegen der Vorgänge Anfang Dezember 1930 in Zschitzowitz wird beschleunigt durchgeführt.

Brodau. Polizeilicher Wochenbericht. In der Woche vom 8. bis 14. März wurden folgende strafbaren Handlungen zur Anzeige gebracht: Uebertretungen: Pflichtverweigerung 5, Einbruchdiebstahl 1.

Brodau. Aus der Mitgliederversammlung der Partei. Auch in Brodau geht es vorwärts mit der Bewegung, das bewies die außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung am Freitag. Genosse Pöhlting referierte über Sozialerwerbspolitik und Arbeiterkraft. Die Versammlung folgte gespannt keinen interessanten Ausführungen. Genosse Kurbel erhielt anlässlich der Versammlung den Bericht von der Generalversammlung. Unter Berücksichtigung wurde lebhaft über die Wangerkreuzerfrage debattiert. Die Mehrheit der Anwesenden sprach sich scharf gegen die Billigung des Wangerkreuzers aus.

Straschnitz. Parteijubiläum. Unser Ortsgruppenkassierer, Genosse Hermann Jedel feierte am 17. März sein 25jähriges Parteijubiläum. Ebenfalls an diesem Tage wurde der Ortsgruppenkassierer und „Kollwacker“ Geier. Wir gratulieren. — Ortsgruppe Straschnitz der SPD.

Sozialdemokratische Partei

- Unterschied Breslau-Land/Neumarkt/Niespach
- Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 670-674
- Telephon 9944, 9944
- Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr
- Schottwitz, Mittwoch, den 18. März, findet unser weiterer Sitzungstag um 7 Uhr in der evangelischen Schule statt. Genosse Kleinert spricht über Kommunalpolitik.
- Malschwitz, Donnerstag, den 19. März, bei Pöhl, Mitgliederversammlung.
- Kattowitz, Donnerstag, den 19. März, bei Jille, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

WO BLEIBT DER ZWEITE MANN?

Wirtschaft

Siedlung und Landflucht

In den Debatten über die Arbeitslosenfrage spielt das Wort „Siedlung“ eine große Rolle. Es ist bereits zum Schlagwort geworden. Viele Leute erwarten alles Heil von der Siedlung. Sie soll den inneren Markt stärken, die Kaufkraft der Bevölkerung erhöhen, Moore und Heide in blühende Felder verwandeln, Deutschland vom Bezug landwirtschaftlicher Erzeugnisse unabhängig machen und jedenfalls die Arbeitslosigkeit, wenn auch nicht beseitigen, so doch wenigstens kräftig mildern. Tag für Tag bekommt man das Siedlungsevangeliem zu hören.

Die Wirklichkeit steht zu diesen hochgepannten Erwartungen erstweilen in einem schroffen Gegensatz. Wir wären schon zufrieden, wenn die Siedlung wenigstens die Landflucht etwas eingedämmt hätte. Allein auch in diesem Punkt bleibt viel zu wünschen übrig. So mußte Professor Max Sering, als er das Ergebnis der Siedlung in den Jahren 1919 und 1930 feststellte, zugestehen, daß die Siedlung gegenüber der Landflucht vollständig versage. Ungeachtet der großen Arbeitslosigkeit in den Städten ist heute die Landflucht mindestens ebenso groß wie vor dem Kriege. Einige Landesstatistiken, zum Beispiel die Pommerns und Ostpreußens, weisen sogar höhere Abwanderungsziffern auf als vor dem Kriege. So wanderten in den Jahren 1928 und 1929 aus Pommern etwa 10 000 Personen, aus Ostpreußen etwa 22 000 Personen ab. Professor Sering erklärt diese Landflucht mit der heutigen nach seiner Auffassung künstlichen Regulierung der Löhne. Richtig ist, soweit die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Frage kommen, nur so viel, daß diese Bedingungen auf dem Lande den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Städten nicht genügend angeglichen sind, jedenfalls nicht so, daß eine kaufkräftige und leistungsfähige Landarbeiterschaft auf dem Lande erhalten werden kann.

Ist aber die Siedlung in ihrer jetzigen Form überhaupt imstande, die Landflucht einzudämmen? Es ist an sich zu bezweifeln, daß man jungen (arbeitsfähigen) Bauernsöhnen zu einer Siedlungsstelle verhilft. Man muß aber immer die Frage aufwerfen, ob eine Siedlung in diesem Rahmen genügt. Tatsache ist, daß die Zahl der neuerrichteten Bauernstellen nicht einmal die Zahl der Abgewanderten erreicht. Was auf der einen Seite gewonnen wird, verliert man auf der anderen.

Wo liegen die Fehler? Ohne Zweifel darin, daß es der Siedlung bis jetzt nicht gelungen ist, die Landbevölkerung in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Der Hauptbestand des Reichs-Siedlungsgeheges war nur allem den Landarbeiter auf dem Wege der Landzuteilung bestrebt zu werden. Die Landarbeiter können, dem Gesetz nach, Ansprüche auf Pachtland bei den Gemeinden geltend machen, soweit es der Bedarf ihres Arbeitshaushaltes erfordert. Aber dieses Recht ist praktisch so gut wie illusorisch. Das Reichs-Siedlungsgehege hat sich für die Landarbeiterschaft nur sehr wenig ausgewirkt. Es war der große Mangel der Siedlungsgehege, daß sie die Frage der Finanzierung der Siedlung offen ließ. Zwar besitzt der Landarbeiter das gleiche Recht wie die anderen Ansiedler. Während aber die Anzahl und Bauernsöhne des Kapital und die Anzahl für die Siedlungsstelle anzuregen, sind dazu zahlreiche Landarbeiternachwärtler ungenutzbar. Die Zahl der Landarbeiternachwärtler ist gemessen an der Gesamtzahl der neuerrichteten Siedlungen, außerordentlich gering. Unter den Hauptfehlern in den Jahren 1923-1928 waren 82,5 Prozent selbständige Landwirte oder Bauernsöhne, der Rest nur über insgesamt 1750 Siedler setzte sich aus landwirtschaftlichen Arbeitern und Bauern zusammen. Man muß nur über bedenken, daß von diesen 1750 Arbeitern und Bauernsöhnen nur weniger als ein Drittel Siedlerstellen über 5 Hektar zugeteilt erhielt. Die überwiegende Mehrzahl sind kleine Pachtbesitzer, die aus der mangelhaften Bewirtschaftung ihrer Pachtstücke in der künftigen Erfüllung eines kleinen Nebenberufes zu bestehen. Kurzum, vier Fünftel der vergebenen Siedlerstellen sind Bauernsöhnen und Bauernsöhnen zugefallen. Der Landarbeitersiedler führt ein kümmerliches Dasein. Die Schwärze des Landarbeiters und des bescheidenen Bauernsöhnes nach einer eigenen Wirtschaft bleibt unerfüllt. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß seit dem Ausbruch der Arbeits- und Lebensbedingungen durch einen zähen Kampf der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sowie durch die Maßnahmen der preussischen Regierung gehoben wurden (Abkündigung der Gehaltsordnung, Tarifverträge der Landarbeiterschaft, umfangreicher Landarbeiternachwärtler — so wurden allein durch den preussischen Staat im Zeitraum 1918-1930 50 000 Landarbeiternachwärtler und Eigenheime errichtet), so ist doch auf dem Gebiet der Landarbeitersiedlung und zur Befriedigung der Landarbeiterschaft bisher nur wenig erreicht worden.

Die Siedlung wird nur dann eine wirksame Hauptstütze und volkswirtschaftliche Maßnahme werden, wenn es gelingt, auch die Landarbeiterschaft mit in das Siedlungsweh einzugliedern und sie auf der Grundlage zu veranlassen. Hierzu bildet aber eine großzügige Bodenreform die Voraussetzung, die mit einer systematischen Landarbeitersiedlung parallel fortzuführen mußte. Nur so konnte die Siedlung sich selber zum Vorteil der gesamten Landbevölkerung und der Volkswirtschaft auswirken.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Borussia 6. 8.

2. Januar-Abendung, 18. März: Turnabendung, 29. März: bei Kolditz, Paulsenstraße 15.

Sängerchor

Freie Sängervereinigung Borussia 6. 8., Wilhelm-Rath (Jugend), 18. März: Eröffnung unserer neuen Sängervereinigung, 21. März: bei Kolditz, Paulsenstraße 15.

Arbeiter-Gesundheitsbund

Arbeiter-Gesundheitsbund, Jugendabteilung, 17. März: bei Kolditz, Paulsenstraße 15.

Turnvereine „Die Roten“

Kinderturnverein, Morgen nachmittags 5 Uhr: Turnen zur Verbesserung der Gesundheit.
Jugendturnverein, Morgen abend 8 Uhr: Turnen zur Verbesserung der Gesundheit.

Arbeiter-Kulturvereine

Freie Arbeiter-Kulturvereine, 20. März: abend 8 Uhr in der Gemeindehalle, Paulsenstraße 15.

PEBECO-Zahnpasta

Große Tube 100 ct
Kleine Tube 50 ct
In allen Lebensmittelgeschäften
und Lebensmittelhandlungen

unvergleichlich billiger !!

Stadttheater

Dienstag, 20.15 — nach 22.30
Abend-Vorstellung A 15
Das Rheingold
Mittwoch, 20.15 — geg. 22.30
Abend-Vorstellung B 15
Die Götterdämmerung u. d. Siebel
Donnerstag, 20.15 — n. 22.30
La Traviata.

Lobe-Theater

Telefon 56747
Dienstag, 15.30 — 17.00
Der Mann, den sein Gewissen trieb
Täglich 20.15 — 22.40 Uhr
Die Räuber

Zhelia-Theater

Täglich 20.15 — 22.00
Der st. umhüllte Lohengrin!
Die spanische Fliege

Schauspielhaus

Raf 363 00
Heute Dienstag, den 17., bis einschließlich Freitag, den 20. März, 8 Uhr:
Lezte 4 Volks-Vorstellungen
Drei Mäusetiere

II. Rang 0.50 Mk
Parkett 1.—
I. Rang 1.50 usw.

Vorverkauf!

Sonntag 21., Sonntag 22., Montag 23., Dienstag 24., Mittwoch 25. u. Donnerstag 26., täglich 8 Uhr:

6 Gastspiele

Richard Tauber

in Franz Lehárs
Welterfolg

Wohin ist die Welt

In der Glogi-Inszenierung
des Berliner Metropol-
Theaters.
Der Vorverkauf ist eröffnet!

LIEBICH

Täglich Sonntag 19.30

Verlängert Gastspiel

NONI

ANCS raucht

die feine
„Rosa“ 10-12-Zigaretten
bei C. Kreischer
Schlesierstraße Nr. 20 b

Ami meinen

Nußspeicher

verkauft
sich neu und geschmeckt
Gehaltsbehalte

Spiegelschrank

3-türig, poliert 98.—
Einen Posten

Chaiselanges

22.— bis 30.—

2 Bettstellen

mit Mat. und Aufl. 22.—

Auszahlung

22.—
sowie Möbel jeder Art
Teilzahlung gestattet
Helmstraße 23, Hof
Glocke

Suppenküche

Brotverkauf

Freie Arbeiter-Kulturvereine

Stamps

Zahnpasta

1. Januar: 100 ct
2. Januar: 100 ct
3. Januar: 100 ct
4. Januar: 100 ct
5. Januar: 100 ct
6. Januar: 100 ct
7. Januar: 100 ct
8. Januar: 100 ct
9. Januar: 100 ct
10. Januar: 100 ct

Die Stamps sind mit
gelbem Lack überzogen
und sind unzerstörbar.

Stamps sind in
allen Lebensmittelgeschäften
zu haben.

Stamps sind in
allen Lebensmittelgeschäften
zu haben.

Stamps sind in
allen Lebensmittelgeschäften
zu haben.

Stamps sind in
allen Lebensmittelgeschäften
zu haben.

Stamps sind in
allen Lebensmittelgeschäften
zu haben.

Stamps sind in
allen Lebensmittelgeschäften
zu haben.

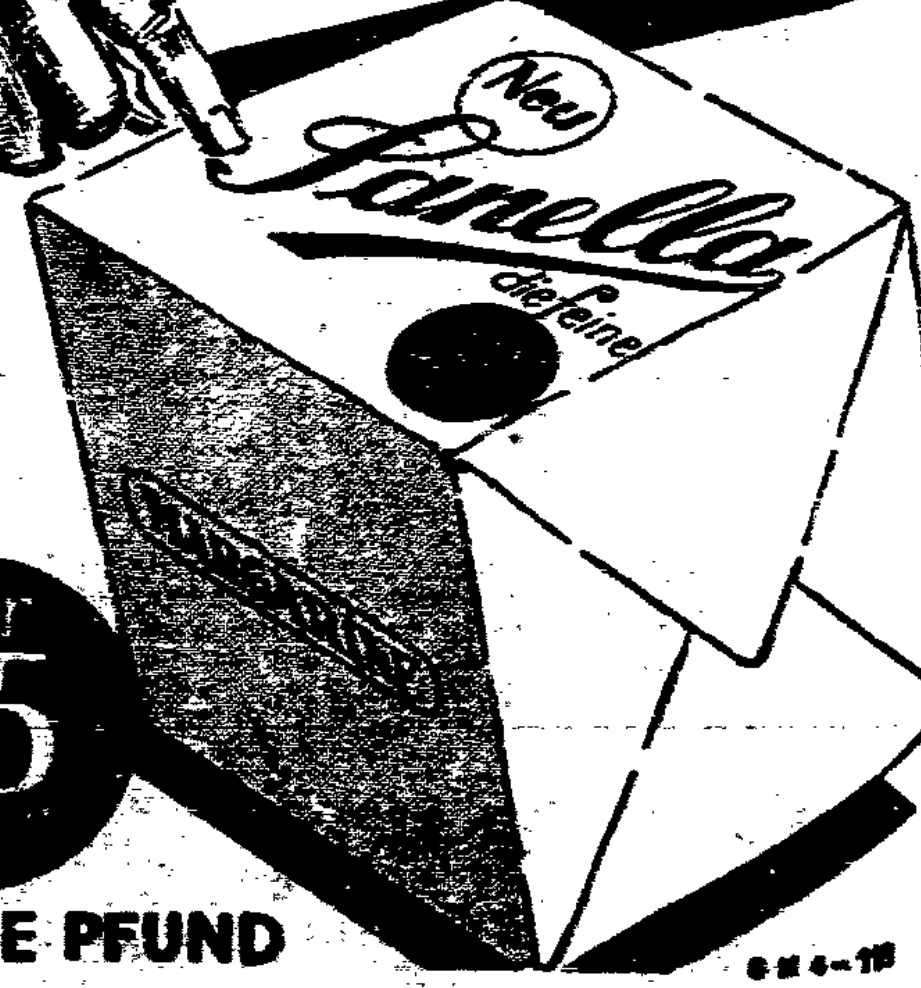
Nun ist sie da!
Sanella
die neue
Margarine

Millionen Hausfrauen werden auf-
atmen - denn Sanella kommt wie ge-
rufen in sorgenvoller Zeit.
Eine Qualitäts-Margarine ersten Ran-
ges, das halbe Pfund für 35 Pfennig:
das ist ein Lichtblick. Da spart man
doch wirklich viel!
Sanella ist wirklich etwas Auserlesenes.

Sanella
MARGARINE

DIE FEINE
PREISWERT
WIE KEINE

Lesen Sie übermor-
gen an dieser Stelle
Näheres über die
große SANELLA-
Überraschung für
Sie!



35

DAS HALBE PFUND

Ein neuer Anschlag

Auch Abbau der Unfallversicherung?

Im Dunkeln ist gut munkeln, und daher durfte die breite Öffentlichkeit kein Sterbenswörtchen über die neueste beim Arbeitsministerium eingereichte sozialpolitische Abhandlung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erfahren. Der Zufall aber hat gewillt, daß die Vorschläge der Unternehmer zur „Reform“ der Unfallversicherung trotzdem veröffentlicht werden. Was in den Vorschlägen verlangt wird, ist nichts anderes als eine Beschränkung der Unfallversicherung, die rechtzeitig mobil gemacht werden muß.

Die Arbeitgeber verlangen die Beseitigung eines Teils des gesamten Rentenbestandes. So soll § 59 der RVO. folgenden Abfall erhalten: „Eine Rente nicht gewährt, so lange durch den Unfall die Erwerbsfähigkeit weniger als ein Viertel gemindert ist.“ Die Renten der Verletzten stellen aber mehr als den dritten Teil aller Renten dar. Einschränkung der Verlorung der Arbeitsfähigkeit sei sachlich und sozial gerechtfertigt, weil Beschädigten auf dem Arbeitsmarkt keine nennenswerten Einkünfte erlösen. Die so zu gewinnenden Ersparnisse seien für eine bessere Versorgung der Schwerbeschädigten verwendet werden. Auch die französische Sozialversicherungsgeleiung wolle ja in ähnlicher Weise eine Staffelung der Renten einführen. Die Herren Arbeitgeber treten also hier einmal in der Rolle des Menschenfreundes auf. Sie sprechen, sie wollen für die Schwerbeschädigten besser werden. Sie verlangen ferner Beseitigung der Berufsunfähigkeit für Verletzte.

Erwerbsfähigkeit unter 50 Prozent, da diese erhaltungsgemäß sich aus eigener Kraft heilen könnten. Sie verlangen, daß die Witwe nur zwei Fünftel des Jahresverdienstes ihres verstorbenen Ehemannes erhält, wenn dieser invalide ist, während ihr bisher zwei Fünftel zugeflossen sind, wenn sie die Hälfte ihrer Erwerbsfähigkeit verloren hätte. Sie verlangen, daß die Hinterbliebenenrenten, die nach dem jetzigen Gesetz zulassen höchstens vier Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes betragen, auf drei Fünftel herabgesetzt werden, da die Hinterbliebenen, die 50 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes erhielten, wirtschaftlich besser dastünden als beim Leben des Ernährers. Sie verlangen, daß die Witwenbeihilfe in Höhe von zwei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes, die die Witwe eines Verstorbenen erhielt, wenn der Tod des Verletzten nicht Folge eines Unfalls war, beseitigt wird; denn es sei nicht anzunehmen, daß der Ehegatte ohne die durch den Unfall hervorgerufene Einschränkung seiner Erwerbsfähigkeit seine Witwe in der notwendigen Vermögensverhältnisse zurückgelassen hätte. Sie verlangen Verschlechterung der Abfindung und Entschädigung ohne Zustimmung des Verletzten, da gegen eine Beteiligung bei Bemessung der Abfindungssumme der Verletzte durchgehend geschützt sei, daß das Oberverwaltungsamt den Abfindungsbescheid wegen zu geringer Bemessung der Abfindungssumme aufheben könne.

Sie verlangen, daß der Verletzte bei Einlegung der Berufung eine Gebühr von 5 Mark zu entrichten hat.

Gehe die Gebühr innerhalb einer vom Oberverwaltungsamt bestimmten Frist von zwei Wochen nicht ein, so gelte die Berufung als nicht angelegt. Habe die Berufung Erfolg, so werde die Gebühr den Beruferten erstattet; andernfalls verfallt sie. Sie verlangen Beseitigung der Entschädigung für Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit, da die Unternehmer rechtlich keinen Einfluß auf die Verkehrsregelung und Verkehrsüberwachung und praktisch keinen wirksamen Einfluß auf das Verhalten der bei den Berufsgefahren gefährdeten Personen haben. Menschenfreundlich, wie die Verfasser der Deutschen Reichsversicherungsordnung, fordern sie diese Einschränkung gerade dann, wenn sie wissen, daß die Verkehrsregeln sich ändern, weil die Arbeiter heute fast ausschließlich in der Nähe ihrer Arbeitsstätte wohnen, sondern weit hinaus in die umliegenden Dörfer und auch darüber viel mehr als früher ausgebreitet sind.

Diese Beispiele zeigen zur Genüge, was den Arbeitern blüht. Sie sind nach Abschluß der Lohnkämpfe auf dem Gebiet der Sozialversicherung ein neuer Angriff der Arbeitgeber eingeleitet. In diesem Angriff wird, wie die Deutsche Reichsversicherungsordnung zeigt, in aller Stille gerätselt. Die Arbeitgeber wollen am liebsten schon vor der Schlacht den Sieg an ihre Fahnen schreiben. Daher die Geringschätzung und die bei der Abschätzung ihrer Abmachungen an das Reichsarbeitsministerium. Sie wollen das kommende Jahr die vom Reichsarbeitsministerium der Sozialversicherung zurzeit vorbereitet und, wie aus dem Reichsarbeitsministerium zu entnehmen ist, zurzeit noch nicht veröffentlichten Gesetze ändern.

Gesetze ist im Wege.

Das Reichsarbeitsministerium will „Inflationssicherung“ im sozialpolitischen Gebiet wagen. Die Arbeitgeber wollen es bei Reparaturen nicht zugehen. Wenn es einmal da und dort ein Stück abgehoben wird, dann geht man auf das nächste Stück zu. Und gerade das wollen die Arbeitgeber. Sie wollen die Sozialversicherung in eine Art Armenkasse umwandeln.

Der neue Angriff wird nicht nur durch den Reichsarbeitsminister, sondern auch durch die Arbeitgeber, die in der Reichsversicherungsordnung die Sozialversicherung zurzeit vorbereitet und, wie aus dem Reichsarbeitsministerium zu entnehmen ist, zurzeit noch nicht veröffentlichten Gesetze ändern.

Geistern verlassen ist, dann schart sie sich Mann für Mann um ihre Gewerkschaften, dann holt sie nicht nur den zweiten Mann, sondern auch den letzten Mann unter den Arbeitskameraden heran und herein in die Gewerkschaften und in die Sozialdemokratische Partei. Tut sie es nicht, dann — Arbeiter! adieu! Gewerkschaften und Partei können nur so viel durchziehen, als Macht hinter ihnen steht.

Nationale Listen für die Betriebsratswahlen

Die Nazis wollen durch die Betriebsratswahlen nur ihre etwas ins Stoden geratene Hitlerbewegung von neuem wieder in Gang bringen. In irgendeiner Sicherung der Rechte und Interessen der Arbeiter in den Betrieben ist ihnen nichts gelegen. Daß dem so ist, zeigt sich ganz deutlich an ihren für die Betriebsratswahlen ausgegebenen Parolen. So verkündet ein nationalsozialistisches Kennzeichenblatt des Ruhrgebietes „Rote Erde“ vom 12. März: „Überall werden Betriebszellen gegründet und für die Betriebsratswahlen „Nationale Listen“ eingereicht. Tüchtige Führer und Kämpfer für ein neues Deutschland seien nunmehr auch in den Betrieben zum Angriff an. Unser Weg ist klar gezeichnet. Gegen eine weitere Lohnverflachung der Arbeiter, gegen eine Abwälzung der Youngtribune auf die arbeitenden Schichten, für eine wahre Befreiung der Arbeiter aus den Fesseln des raffenden internationalen Bank- und Börsenkapitals, für eine nationale Bedarfswirtschaft, für den nationalen, deutschen Sozialismus!“

Bei den Betriebsratswahlen handelt es sich um andere Dinge als bei Reichstagswahlen. Ein Betriebsrat hat sich um

die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und vor allem der Tarifverträge zu kümmern, um Arbeitsordnung und Dienstvorschriften, um die Untersuchung von Beschwerden und die Erledigung von Streitfällen, um Bekämpfung von Unfall- und Gesundheitsgefahren, um Einstellungen, Entlassungen, Bestrafungen usw. Von diesen Dingen muß ein Betriebsrat etwas verstehen. Die Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer setzt ein gründliches Wissen und tüchtige arbeitsrechtliche Schulung voraus. Das fehlt bei den Nazis vollkommen. Daher bringen sie nicht einmal in Berlin bei Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten aus ihren Reihen einen Mann auf, der eine Klage durchziehen kann. In politischen Versammlungen drauflos schwadronieren ist natürlich leichter als dem Arbeiter zu Brot und Recht zu verhelfen.

Die Arbeiterschaft müßte aus Idioten bestehen, wenn sie sich als Anwälte für ihre Interessen, d. h. als Betriebsräte, Leute wählt, die einen Prozeß wohl verlieren, niemals aber gewinnen können. Jeder vernünftige Mensch sucht sich einen tüchtigen Anwalt und so sucht sich ein vernünftiger Arbeiter einen tüchtigen Betriebsrat und keinen Schwächer, der nur die Litanei der völkischen Zeitungen herunterleiert kann.

Verständigung im französischen Grubenkonflikt

Eingreifen der Regierung

Paris, 17. März. (Eigener Funkenbericht.)

Ingefolgt des vom französischen Grubenarbeiterverband für den 30. März angekündigten Generalstreiks scheint sich jetzt die französische Regierung etwas tatkräftiger um die Beilegung des Kohlenbergbau zu bemühen. Ministerpräsident Paul hat am Montag abend die Vertreter der nordfranzösischen Arbeitgeber und Arbeiter telegraphisch aufgefordert, in Douai zu einer gemeinsamen Besprechung zusammenzutreten, um die Frage der Arbeitslosigkeit und der Lohnherabsetzung zu prüfen. Die Vertreter der Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, mit den Delegierten der sozialistischen Gewerkschaften, aber nicht mit denen der kommunistischen Gewerkschaften zu verhandeln.

Gespannte Lage in der mitteldeutschen Landwirtschaft

Einnütige Ablehnung der Lohnabbaubestrebungen durch die Landarbeiter

Wie überall im Reich bemühen sich auch die Unternehmer in der mitteldeutschen Landwirtschaft einen Abbau der Landarbeiterlöhne zu erreichen. Die landwirtschaftlichen Unternehmer der Behörde waren sogar der Meinung, eine Lohnsenkung von 8 Prozent einfach durchsetzen zu können. Damit war es nichts. Die einbehaltenen Beträge mußten nachgezahlt werden.

Jetzt geht der Kampf um die Lohnabgabe des erweiterten mitteldeutschen Tarifgebietes: Die landwirtschaftlichen Unternehmer verlangen einen Abbau der Stundenlöhne der Männer um 4 Pf. und einen solchen der Stundenlöhne der Frauen um 3 Pf. Außerdem soll die Erntezulage in Fortfall kommen. Das bedeutet, daß die Lohnverhältnisse der mitteldeutschen Landarbeiter auf den Stand vom Jahre 1927 zurückgeschraubt werden sollen.

Die Forderungen werden unter anderem mit der Notlage der mitteldeutschen Landwirtschaft begründet. In Wirklichkeit ist von einer Notlage nicht viel zu merken. Es gibt noch immer viele mitteldeutsche Landwirte, die sich einer reichlich weitgehenden Aufschwung erfreuen. Verhalten muß auch die Preisentwertung. Die landwirtschaftlichen Unternehmer stellen es so hin, als wenn sie erfreuliche Ergebnisse gezeitigt und der Landarbeiter heute die Möglichkeit zu größeren Ersparnissen hat. Demgegenüber ist Tatsache, daß die mitteldeutschen Landarbeiter von einem Preisabbau noch nichts bemerkt haben. Wo er erfolgt ist, geschah es auf Kosten der Qualität der Waren. Ein anderes Argument der landwirtschaftlichen Unternehmer ist das von der angeblich großen Bedeutung des Deputats für den Etat des Landarbeiters. Die landwirtschaftlichen Unternehmer erklären, daß bei dem Deputat nicht der Börsenwert, sondern der Weg der Dinge gerechnet werden muß, die sich daraus gewinnen lassen (Brot, Mehl usw.). Geschehe das, dann ergebe sich für den

mitteldeutschen Landarbeiter ein Stundenverdienst von 70 bis 80 Pf. Das ist natürlich ein großer Unfuss. Bei dem Deputat darf erst dann der Verdienstwert zugrunde gelegt werden, wenn es dem Landarbeiter im veredelten Zustand geliefert wird. Das ist nicht der Fall. Die Landarbeiter müssen sich selbst um die Veredelung kümmern. Sie müssen auch das sich hierbei ergebende Risiko tragen. Der wirtliche Gesamtstundenverdienst eines Deputatarbeiters in der mitteldeutschen Landwirtschaft beträgt rund 34 1/2 Pf.

Das Vorgehen der landwirtschaftlichen Unternehmer hat bei den mitteldeutschen Landarbeitern einen riesigen Enttäuschungssturm entfacht. Es liegen Hunderte von Entschuldigungen vor, in denen mit größter Leidenschaft die Unmöglichkeit betont wird, die Landarbeiterlöhne abzubauen. Am 1. März haben für das gesamte Tarifgebiet außerordentlich gut besuchte Konferenzen des Deutschen Landarbeiterverbandes in Magdeburg und Halle stattgefunden. In den Entschuldigungen, die dort und zwar einstimmig zur Annahme gelangten, heißt es unter anderem, daß die beabsichtigte Lohnsenkung eine unerhörte Zumutung ist, die schärfste und einmütigste Zurückweisung verdient. Die Landarbeiterschaft bestritt ganz entschieden, daß die in der Landwirtschaft gezahlten Löhne untragbar seien. Die Lebensweise der Arbeiter habe auch in dieser Zeit der allgemeinen Not keine Einschränkung erfahren. Not und Elend seien in der Landwirtschaft nur bei den Arbeitern zu Hause.

Soll es in der mitteldeutschen Landwirtschaft nicht zur Explosion und damit zu Ereignissen kommen, die die landwirtschaftliche Produktion in Frage stellen, dann ist es Pflicht der Schlüsselanstalten, sich unter keinen Umständen von den Wünschen der landwirtschaftlichen Unternehmer beeinflussen zu lassen.

Dazu hat es Geld

Landwirtschaftskammer subventioniert rechtsradikale Organisation — Wertwürdige Profiteure der pfälzischen Kreisbauernkammer

Die bayrischen Landwirtschaftskammern, die, nebenbei bemerkt, in Landes-, Kreis- und Bezirksbauernkammern gruppiert sind, liefern einen neuen Beweis dafür, daß sich die weitere Zerschlagung der Arbeitnehmerschaft von den Landwirtschaftskammern einfach nicht mehr veranlassen läßt.

Wie der „Deutsche“ in Nr. 34 mitteilt, wendet sich das Organ der Pfälzer Bauernvereine mit besonderer Schärfe gegen den Präsidenten der pfälzischen Kreisbauernkammer. Dabei soll die Offensivität allerhand inoffizielle Dinge über die Verwendung der Umlagen zur Kreisbauernkammer erfahren. In dem Organ der Pfälzer Bauernvereine ist unter anderem von einem Betrag von 3000 Mark die Rede, der im Sozialkrieg unter „Kreisbeschle“ genehmigt wurde. Ausgegeben wurden nicht 3000 Mark, sondern das Hundertfache, nämlich 27000 Mark. Das Geld ist in der Hauptsache der „Pfälzer Bauernschaft“, und zwar unter dem Deckmantel „Steuerberatung“ zugewandt worden. Bei dem neuen Sozialkrieg für 1931/32 heißt es, daß für sogenannte „Steuerberatung“ ein Betrag von 20 000 Mark eingeleitet

ist, der wieder den Zwecken der „Pfälzer Bauernschaft“ dienstbar gemacht werden soll.

Die „Objektivität“ der pfälzischen Kreisbauernkammer geht also so weit, daß sie nichts dabei findet, die für die Bauernkammer durch Umlage erhobenen und für ihren Betrieb bestimmten Beträge für die Subventionierung einer bestimmten landwirtschaftlichen Arbeitgeberorganisation zu verwenden. Bei der Pfälzer Bauernkammer kommt hinzu, daß in ihr rechtsradikale Elemente das Wort führen und sie in geradezu unverantwortlicher Weise gegen Uberschuldete und gegen die Regierung Brünning eingestellt ist.

Bei einer maßgeblichen Mitwirkung von Arbeitnehmervertretern in den Landwirtschaftskammern wären die Zahlende, wie sie in der pfälzischen Kreisbauernkammer zu beobachten waren, unmöglich. Die Arbeitnehmervertreter würden bestimmt keine Ruhe lassen, um eine Kontrolle und vor allem unparteiische Geschäftsführung sichern zu lassen. Deshalb sollten wenigstens die bäuerlichen Kreise ihre Gedanken gegen die tatsächliche Mitwirkung der Arbeitnehmer in den Landwirtschaftskammern endlich äußern und mit dafür eintreten, daß der Forderung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer umgehend Rechnung getragen wird.

Freigewerkschaftliche Betriebsräte

Sente, pünktlich um 10 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: 7. Schulungsabend der Gruppe „A“

Für die Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes findet am Mittwoch, den 18. März, 1931, Uhr, eine Filmvorstellung im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Eintritt für Mitglieder und Angehörige frei.

Gesetliche Mißhandlung der unbemittelten Verbraucher

In der Provinz Danzig hat die Gesetzgebung es für nötig gehalten, zu zeigen, daß für die organisierten Verbraucher Preiswände sind. In der letzten Sitzung haben die Nationalsozialisten, von deren Seite die letzte Regierung ist, den Antrag, den nachstehenden Kleinrenten 4000 Gulden zu erhöhen und zur Deckung dieses Betrags die Gewerkschaften zu verpflichten. So hat Räder gegeben, die bei den kleinen Renten, um den Armen zu geben — in Danzig nimmt man den Armen, wenn man den Armen etwas spenden will. In Danzig haben die Arbeiter sich nicht über die Höhe der Gewerkschaften, die für die Verbraucher sind, geäußert.

Zäpfchen im Theater

Der Malermeister Heinrich Zäpfchen wurde in Berlin-Moabit wegen Hausfriedensbruchs und tätlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt.

Der Malermeister Zäpfchen ist, das muß von vornherein gesagt werden, kein Berliner. Und es ist vielleicht ein wenig tragisch zu nennen, daß Heinrich Zäpfchen aus einer idyllischen Kleinstadt Mitteldeutschlands nach Berlin kommen mußte, um von seiner ersten Strafe erlöst zu werden.

Es war am vierten Tage seines Berliner Aufenthaltes, als Zäpfchen, vielleicht ein wenig animiert, aber darüber gingen in Berlin-Moabit die Zeugnisauslagen auseinander ein Theater besucht in dem man ein ernsthaftes Thema relativ ernsthaft behandelte. Was aber Herr Zäpfchen nicht wußte, da er ausbezogen war, sich an einer Revue „Tausend süße Seiden“ zu defektieren, die nirgends gespielt wurde und von deren prickelnden Gehalt ihm ein faktisch veranlagter Witzbold Wunderdinge erzählt hatte. Der Kerger fing gleich an der Garderobe an. Zäpfchen, der sonst keineswegs leidend war, schien diesmal mit dem linken Fuß zuerst aufgestanden zu sein — oder sollte doch der Alkohol mitgesprochen haben? Jedenfalls machte er seinem Unmut der ungeschulbigen Garderobiere gegenüber in lebhafte Worten Luft, wobei er sich zu der Drohung verstieg, daß er ganz Mitteldeutschland, seine Heimat, über die Kuppelmethoden der Berliner Theaterbesitzer aufklären würde. Mit einer Falte des Jorns auf der Stirn begab er sich auf seinen Platz im Parkett. Es war im ersten Akt, der Held des Stückes sah zusammengebrochen auf einem Sofa und schluchzte, irgendwelcher privater Katastrophe wegen, effektiv vor sich hin, als plötzlich ein ungebetener Souffleur den Mund aufhat, Herr Zäpfchen nämlich und zu seinem Nachkorn sagte: „Sagen Sie mal, das ist doch wirklich eine Schweinewirtschaft! Ein verfluchter Nepp! 60 Pf. für Garderobe sollte mal einer bei uns in unserem Stadttheater verlangen. Der Kerl würde hinausgeprügelt werden. Und das schänden wohl hier alles die Garderobenfrauen?“ Malermeister Zäpfchen gab dieser seiner Empörung mit lauter, etwas krächzender Stimme so unerschütterlich Ausdruck, daß es das ganze Parkett hören konnte und der unentwegt weinernde Mann auf der Bühne leise unruhig wurde. Der Theaterbesitzer Zäpfchens

sah den protestierenden Gast für einige Sekunden mit einem maßlos erstaunten Gesicht an und blühte dann aber wortlos mit einem Mäkeljuden wieder zu dem tränenreichen Vorgang auf der Bühne. In den hinteren Reihen schüttelten die Leute die Köpfe. Vorn drehten sie sich herum, ein paar Theatergäste liegen ein glückseliges Lachen hören. Für eine Weile war Zäpfchen still, dann monologisierte er von neuem: „Himmel Donnerwetter! Erst 60 Pfennige Garderobe und dann dieser Betrug auf der Bühne! Wo sind die tausend süßen Seiden“, die ich sehen wollte? Flennende Männer haben wir auch bei uns.“ Währenddessen hatte auf der Bühne die Tragik ihren Höhepunkt erreicht. Der weinernde Held war gerade dabei, einen Fingerring aus der Hand zu nehmen, „Halten Sie bitte Ihre Mäuler!“ sagte jetzt Zäpfchens Nachbar, rauh aber herzlich, und blühte den Malermeister wütend an. „Sie sind doch hier in keiner Kammer, Sie alter Duffel!“ Hinten riefen sie „Ruhe“, vorn singen sie an, sich zu räupern und der todgeweihte Held auf den Brettern, die die Welt bedeuten, geriet so in Verwirrung, daß ihm sein Nordinstrument polternd zu Boden fiel. Zäpfchen der Erreger dieses allgemeinen Vergnügens, beruhigte sich, aber nur für Minuten. Kurz vor der zweiten Pause kam die Bombe zum Platzen. Als der Malermeister wieder förmlich oder etwas unmotiviert gegen die hohe Garderobengebühr protestierte und kategorisch nach „tausend süße Seiden“ verlangte, sprang ein Beamter des Theaters auf ihn zu und forderte ihn auf, das Haus zu verlassen. Der biedere Zäpfchen, nun vollends in Furore geraten, weigerte sich und beschimpfte seinen Widerstandler gräßlich, um schließlich in einen Höhepunkt auf ganz Berlin überzugehen. Schließlich waren der Theaterbeamte und ein herbeigeeilter Schupo gezwungen, den sich heftig kräufelnden Malermeister Zäpfchen ins Freie zu schleifen. Die Folge: eine Klage wegen Hausfriedensbruchs und tätlicher Beleidigung. Zäpfchen kann nun Glück reden; der „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ blieb ihm eripart. „Ich bin ja gar nicht so Herr Richter“, sagte Zäpfchen in Berlin-Moabit und blinzelte ein wenig verächtlich mit den Augen, „mögen die 60 Pfennige Garderobengebühr springen. Aber daß sie mit den heulenden jungen Mann da vorsetzen, hatz der „Tausend süßen Seiden“, sehen Sie, das ist das, was unser einen so gegen das Sündenbabel Berlin erbittern mag!“

Die Ursache der Todesnebel

Die rätselhaften belgischen Todesnebel, durch die im Dezember vorigen Jahres zahlreiche Bewohner des Maas-Tales das Leben einbüßten, sind nunmehr in ihrer Ursache aufgeklärt. Günstige Abgase mehrerer chemischer Werke im Maas-Tale hatten sich mit dem üblichen Naturnebel vermischt. Vermutlich werden die Hinterbliebenen der etwa 60 Todesopfer die die Katastrophe forderte, Schadenersatzklagen gegen die Leitung der betreffenden Fabriken anstrengen; es war diesen entgegen den gegläubten Bestimmungen nicht für die zeitige Umschließung der günstigen Abgase Sorge zu werden.

Aufgepöcht

Im Schlachthaus Kallisch (Polen) sollte ein Schwein wilder Stier geschlachtet werden. Die anwesenden Schweinegehilfen forderten sich gegenseitig heraus, das unheimliche Tier zu bändigen. Nur ein wegen seiner außerordentlichen Körperkraft bekannter Gefelle wagte sich an das Tier heran. Er ließ den Stier an den Hörnern und wollte ihn zu Boden zwingen, er glitt aber aus, so daß sich der Stier mit den Hörnern auf den hürzen konnte. Bevor die Arbeitskollegen ihrem Kameraden Hilfe kommen konnten, hatte der Stier ihm den Unterarm aufgerissen. Das Tier wurde schließlich durch einen Schuß in den Kopf getötet. Der von dem Stier zugerichtete Schlächter erlag bald seinen Verletzungen.

Familiendrama

Der Unternehmer Adhemar Pinjon in Chablis (Frankreich) wurde in seiner Wohnung erschossen aufgelesen. Kurz darauf fanden Angestellte auch die Leichen der 15-jährigen Tochter und ihrer 21-jährigen Stiefschwester, die ebenfalls Revolvergeschosse getötet waren. Pinjon soll das Vermögen seiner Stieftochter als deren Vormund veruntreut haben. Aus Furcht vor Entdeckung hat er das schreckliche Verbrechen begangen.

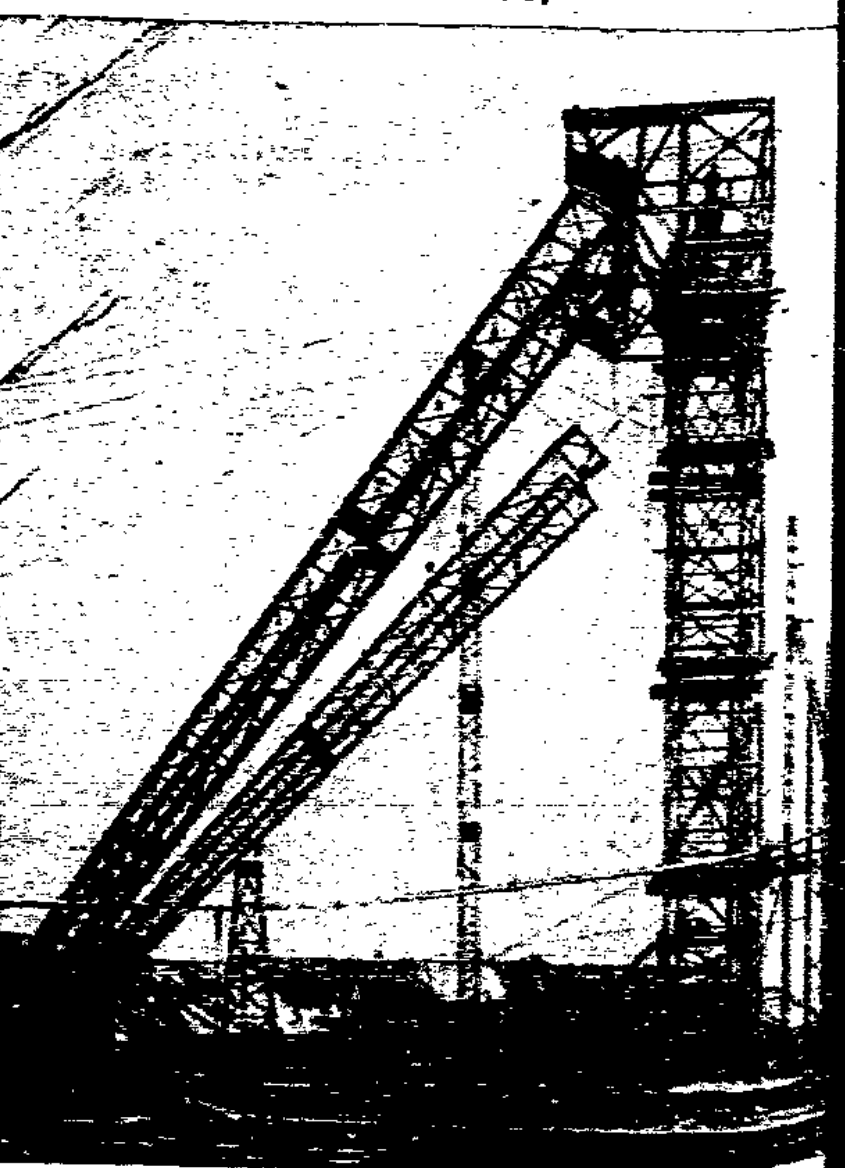
Noch immer Erdrutschkatastrophe!

Der jurchbare Erdrutsch in den japanischen Alpen immer noch nicht zum Stillstand gekommen. Nachdem die Städte Nichidai Bergues und Garins von den Erdrutschmassen bereits verschüttet und die Dörfer Les Gran und Equins am Sonnabend und Sonntag gerettet worden sind, ist am Montag auch die Räumung des Dorfes de Foire angeordnet worden. Mehrere Häuser der drei Dörfer sind schon von den langsam vorrückenden Erdrutschmassen verschüttet worden. Von den Bergen rollen ständig große Felsblöcke donnerähnlichem Getöse in die Tiefe und bedrohen die mit Ableitung der Erdrutschmassen beschäftigten Arbeiter. Die Straße Chatelard ist am Montag vormittag durch einen der Erdrutschströme verschüttet worden.

Die Vorbereitung des Großluftweges nach dem Fernen Osten

Zwei Junkers W-33-Flugzeuge der Deutsch-Chinesischen Luftverkehrsgesellschaft „Eurasia“ haben gestern den ersten Probeauf der Strecke Shanghai—Peking durchgeführt. Die ca. 1200 Kilometer lange Entfernung wurde ein Probeflug in 6 Stunden 15 Minuten benötigt. Die Flugzeuge waren einmiger Zeit zusammen mit zwei weiteren Probeflugzeugen auf dem Schiffswege in Shanghai eingetroffen. Die Probeflüge der Vorbereitung der regelmäßigen Luftpoststrecke Shanghai—Peking—Mandschuria, die den nächsten Schlüsselpunkt des künftigen Großluftweges nach dem Fernen Osten darstellt.

Auf den Trümmern der Grube „Anna“ in Alsdorf



Die im vergangenen Herbst durch die Explosion eines Dynamitlagers 21 Bergleute den Tod fanden, ist jetzt — kaum Monate nach der Katastrophe — ein neuer 35 Meter hoher Fördersturm errichtet.

Seche Engelsburg

Der Bajereinbruch auf der Seche Engelsburg hat am Montag am Gemalt stark nachgelassen, so daß die Hoffnung besteht, daß die Seche erhalten werden kann. Die Verwaltung hatte bereits der 1900 Mann starken Belegschaft gekündigt. Ein Teil der Arbeiter wird wahrscheinlich schon in den nächsten Wochen wieder beschäftigt werden können.

Selbstmord eines höheren Offiziers

In Pärchim (Mecklenburg) wurde gestern früh in seiner Privatwohnung der 37-jährige Schwabenscheff und Standortstabschef der Garnison Pärchim, Rittmeister v. Mouna, erschossen aufgefunden. Es liegt offenbar Selbstmord vor. Was den Offizier zu dieser Tat getrieben hat, ist noch nicht aufgeklärt.

Ein Deutscher in Nizza verhaftet

Nach einer Meldung des „Petit Journal“ aus Nizza soll dort ein Deutscher namens Richard Kudle verhaftet worden sein. Kudle hatte bei seiner Verhaftung ein Kilogramm Kokain bei sich, das er in Hamburg für 15 000 Franken gekauft haben will.

Die Sieger im Kinder- und Männerwettkochen



Das im Rahmen der Berliner Kokainumstellung veranstaltete Wettkochen, waren die 17-jährige Arjula Ritter und der 21-jährige Willi Boerner (im Vordergrund).

Lezner-Prozess

Zwecks Vorbereitung des Dienstag, den 17. März, in Regensburg beginnenden Prozesses gegen den Verfassungsmörder Erich Lezner und seine Frau begab sich der Vorsitzende des Regensburger Schwurgerichts, Landgerichtsdirektor Engert, am Montag nachmittags gemeinsam mit den beiden Verteidigern an den Tatort. Die Stelle, an der Lezner den Randburschen im Auto verbrannte, ist 22 Kilometer von Regensburg entfernt bei Rabburg gewesen. In unmittelbarer Nähe der Mordstelle hatten Kriminalbeamte wenige Stunden nach der Tat eine leere Benzinkanne gefunden, die noch Spuren von Brennstoff enthielt. Daraus, daß Lezner die Benzinkanne wegwarf, hätte er sich verraten. Am Montag nachmittags fand auch die Kasse des verbrannten Autos — eines Opel-Magras — in der Hof des Gerichtsgebäudes transportiert worden. Daraus, daß der Lad in merkwürdigen Reifenformen abgebrannt ist, dürfte sich die Theorie der Anklagebehörde bestätigen, daß Lezner das Auto mit Benzin besetzt hatte.

Berufliche Ziehbauunternehmer

Dem Großen Schöffengericht Halle wurden nach zweiwöchentlicher Verhandlung vier Ziehbauunternehmer, die gemeinschaftlich mit dem Bürgermeister von Alstedden (Mansfelder Becken) Bergbauarbeiten und Fällungen begangen hatten, zu neun Monaten Gefängnis bzw. 2000, 1000 und 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der eine der Unternehmern hatte in seinen Schulden 71 Reichsmarkarbeiter geführt, tatsächlich aber nur 17 beschäftigt.

Raubüberfall auf eine Abrechnungsstelle

In Solingen drangen zwei maskierte Räuber nachts in die Abrechnungsstelle der hiesigen Bahnen ein und zwangen die dort anwesenden Beamten mit vorgehaltenem Revolver, die Schlüssel zum Geldschrank ihnen auszuliefern. Dann inebelter und fesselten sie die Beamten und raubten aus dem Tresor etwa 9000 Mk. Die beiden Räuber sind etwa 30 Jahre alt. Einer von ihnen sprach französisch.

Chaplin in Wien

Charlie Chaplin traf gestern nachmittag auf dem Franz-Joseph-Bahnhof ein. Er wurde von Vertretern der Presse und einer großen Menschenmenge begeistert begrüßt.

Der Schiffbrand im Eismeer

Nach vorliegenden Meldungen ist der Kohlenfrachter Siling im Ostseegebiet versunken. Die Besatzenden befinden sich auf Flossen, mit dem sie versucht werden, zwei Schiffe zu retten. Einige Besatzende des durch eine Explosion zerstörten Kohlenfrachters Siling, die heute Island erreichten, berichteten, daß zahlreiche Mitglieder der Besatzung schwer verletzt worden seien. Es besteht wenig Hoffnung, daß es künftigen Besatzenden möglich sein wird, sich an Land zu retten.

Bei der Rettungsaktion Sonntag in Kopenhagen, bei der Kohlenfrachter Siling gesunken ist, die Besatzung erlosch, daß bei der Explosion des Schiffes zwanzig Personen umgekommen sind. Die Explosion ereignete sich am Sonntagabend, acht Meilen östlich von Hirtsholm. Die Besatzenden der Rettungsboote erreichten die Küste zu spät über die Eisflächen.

Reparaturen u. Ersatzteile für Fiat- u. NSU-Wagen
Vertragswerkstatt der Niederlassung
Auto-werkstatt **Hubertus von Anlock** S. N.
Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 15/20 / Telefon Nr. 39628